

# **GRUNDSATZ- PROGRAMM**

der

# **PERSPEKTIVE ohne Grenzen e.V.**

<b>INHALTSVERZEICHNIS</b>	<b>Seite</b>
<b>Vorwort</b>	<b>1</b>
<b>Einleitung</b>	<b>3</b>
<b>Grundsätzliches</b>	<b>6</b>
- <b>Freiheit</b>	<b>7</b>
- <b>Achtung und Toleranz</b>	<b>7</b>
- <b>Verantwortung des Einzelnen in der Sozial- und Wirtschaftsgemeinschaft</b>	<b>7</b>
<b>Im Klartext</b>	<b>8</b>
- <b>Die Aufgaben eines (modernen) Staates</b>	<b>9</b>
- <b>Kinder und Jugendliche</b>	<b>13</b>
- <b>Berufs- und Arbeitswelt</b>	<b>15</b>
- <b>Bürger und Gesellschaft unter dem Schutz des Rechtsstaates</b>	<b>16</b>
- <b>Abbau der „Subventionitis“</b>	<b>18</b>
- <b>Immigration und Asyl</b>	<b>19</b>
<b>Wenn wir schon bei Reformen sind</b>	<b>19</b>
<b>Schlußbemerkung</b>	<b>23</b>
<b>Stichwortregister</b>	<b>28</b>
<b>Anhang - zum detaillierten Studium</b>	
<b>A Plädoyer für ein neues Steuer-, Wirtschafts- und Sozialkonzept</b>	
<b>B Plädoyer für ein neues Bildungskonzept</b>	
<b>C Plädoyer für ein neues Gesundheitskonzept</b>	

# Grundsatzprogramm

## Vorwort

Wer sich bestehenden Verhältnissen entgegenstellt, Veränderungen zu initiieren versucht und für Probleme – selbst wenn diese allseits erkannt werden – eine Lösung anbietet, sieht sich schnell erheblichen Widerständen gegenüber.

Während der eine zwar seiner grundsätzlichen Kritik zustimmt, jedweden alternativem Gedanken jedoch ohne langes Nachdenken eine Absage erteilt, verweigert der andere schon der aufgezeigten Problemstellung seine Zustimmung; er ist derart gefangen in einer generellen Verwirrung, daß er – mutlos bis zur Resignation – überhaupt nicht mehr bereit ist, über das Problem an sich nachzudenken, geschweige denn nach einer Alternative zu suchen. Der dritte Typus kennzeichnet denjenigen, der generell niemandem mehr eine Alternative zutraut, die nicht vornehmlich dessen Eigeninteressen dient. Für ihn *muß* jede Aktivität (und so auch jeder Problemlösungsansatz) zwingend mit Vorteilen für denjenigen enden, der sich für etwas einsetzt; dies entspricht seiner „Lebenserfahrung“, von der er auch nicht bereit ist, abzurücken.

Und dann gibt es noch einen vierten Typus: Er ist schnell zu begeistern und neuen Ideen gegenüber auch sehr aufgeschlossen – wenn und solange diese *von ihm* keinen Einsatz, kein Engagement und keine wie auch immer gearteten Opfer fordern. Er verspricht zwar in seiner ersten Euphorie, den zur Frage stehenden Gedanken nach Kräften zu unterstützen und sich dafür einzusetzen. Spätestens jedoch dann, wenn es wirklich darum geht, Flagge zu zeigen oder Zeit und Arbeitskraft zu opfern, wartet er mit Ausreden aller Art auf, um sich aus Problemen herauszuhalten und keine persönlichen Risiken einzugehen.

Diese Phänomene kennt jeder Initiator von Vereinen oder sozialpolitischen Organisationen (z.B. Bürgervereinigungen) bestens.

Noch viel mehr trifft dies jedoch auf neue politische Parteien zu, deren Gesamt-Komplexität natürlich in besonderem Maße alle vier o.g. Typen erfaßt und einschließt.

Dies ist wohl vornehmlich der Grund dafür, daß seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland mehr als 300 politische Organisationen gegründet wurden, von denen es jedoch nur etwa einem Dutzend gelang, bis in Stadt- und Gemeinderäte oder gar in einen Landtag zu gelangen. Und gerade einmal vier Parteien schafften es sogar bis in den Bundestag. Zur Zeit sind über 100 Parteien im Verzeichnis des Bundeswahlleiters eingetragen. Viele dieser – zumeist unter sehr ernsthaften Voraussetzungen gegründeten – Organisationen sind binnen kurzem entweder bankrott oder sie bestehen allenfalls aus dem Vorstand, wenigen zahlenden Mitgliedern und einer Phalanx von Karteileichen. Den großen politischen Organisationen Paroli zu bieten und mit tatsächlichen Alternativen aufwarten zu können, scheint schier unmöglich zu sein.

Zwar weiß das Gros der Bevölkerung – der Rest spürt es – ganz genau, daß die sechs im Bundestag vertretenen Parteien ausnahmslos keine wirklichen Alternativen für die – hauptsächlich von ihnen selbst verursachten – Probleme zu bieten haben. Sie müßten sich und ihren Wählern gegenüber arge Versäumnisse eingestehen, und selbst wenn ihre eigene Einsicht dies gestattete – ihren Wählern trauen sie in keinem Fall zu, einer völlig neuen politischen Orientierung zu folgen. Den Mut und die Zuversicht, völlig neuem politischem Denken zu folgen, bringen die BürgerInnen/WählerInnen kaum auf.

Das Kernproblem hierbei ist die Tatsache, daß ein genereller politischer Wandel eine ehrliche *Ursachenforschung* erfordern würde, was wiederum damit verbunden wäre, daß sich die betroffenen MitbürgerInnen/WählerInnen tatsächlich mit den gegebenen politischen Situationen in den verschiedenen Bereichen des politischen Lebens beschäftigen müßten. Da man/frau dies

traditionell anderen – nämlich den dafür (?) gewählten PolitikerInnen – meint, überlassen zu können, hat sich im WählerInnen-Volk die Einstellung breitgemacht, daß man/frau *die Politik* lieber und vornehmlich den PolitikerInnen überlassen sollte (obwohl man ihnen überwiegend nicht über den Weg traut). *Die Politik* wird als „*schmutziges Geschäft*“ apostrophiert. Ihre Protagonisten gelten schon seit geraumer Zeit als noch weniger vertrauenswürdig als Autoverkäufer und Versicherungsvertreter. Sie werden als Prominente gehandelt und entweder glühend verehrt oder abgrundtief verachtet. Ein gesundes, rational sauber sortiertes Verhältnis zu PolitikerInnen in unserem Lande ist nur den allerwenigsten möglich.

Wenn sich unter diesen Umständen eine Gruppe von Menschen zusammengefunden hat, um eine neue politische Bewegung – die **PERSPEKTIVE** – zu gründen und damit allen Ernstes das Ziel verfolgt, eine neue politische Kultur zu gebären, neue – teilweise revolutionäre – Wege einzuschlagen und Lösungen zu formulieren, die sich nicht darin erschöpfen, *neuen Wein in alte Schläuche* zu füllen, d.h. bekannte Probleme nur umzuformulieren und, wie der Volksmund sagt, „*den Teufel mit Beelzebub auszutreiben*“, so mag dies bei nicht wenigen Mitbürgern mitleidiges Lächeln oder Kopfschütteln hervorrufen.

Wenn diese Frauen und Männer sich dennoch dazu entschlossen haben, so geschah dies aus einer einzigen Überlegung: **Was wäre die Alternative gewesen?** Doch nur diejenige, wie Millionen Anderer schweigend wie die Lämmer in der Herde der politisch immer weiter an den Abgrund geführten Mitbürger einher zu trotten, sich allenfalls im Familienkreis, unter Freunden oder am Stammtisch zu beklagen und ab und zu in Leserbriefen oder – alle vier Jahre – bei Wahlen dem Unmut Luft zu machen.

Die letzte Alternative wäre, sich politisch völlig zurückzuziehen, selbst auf sein Wahlrecht zu verzichten oder – allerletzte „Alternative“ – auszuwandern.

Im Folgenden finden Sie das erste Grundsatzprogramm der „**PERSPEKTIVE**“, welches unter dankenswertem Einsatz von Fachleuten der einzelnen Fachbereiche erarbeitet wurde.

Es erhebt weder Anspruch auf Vollständigkeit, noch muß es sich der Hybris zeihen lassen, endgültige und für alle Zeiten geltende Lösungen bindend vorzuschreiben.

Die Verfasser unterwarfen sich schlicht der Aufgabe, ihre Gedanken, die Beweggründe für die Gründung einer neuen Partei, ihre Ziele und fundierte Alternativen zu bestehenden Problemen in schriftliche Formen zu gießen – und sich damit definitiv festzulegen –, um auf dieser Basis mit den BürgerInnen im Lande ins Gespräch zu kommen, das kritische Bewußtsein der *politisch Mündigen* anzusprechen und die PolitikerInnen der heute in Bund und Ländern regierenden Parteien herauszufordern.

Ob und in welchem Maße dies gelingt, hängt zum einen davon ab, wie klar und verständlich wir unsere Gedanken in der Lage sind zu formulieren und diese dem generell politik-scheuen bundesdeutschen Wahlvolk zu unterbreiten. Zum anderen wird es davon abhängen, wie hoch das Maß resignativer Verweigerung unter den BürgerInnen der Bundesrepublik Deutschland bereits ist, wie bereit die Menschen in unserem Lande überhaupt noch sind, sich mit politischen Fragen auseinanderzusetzen und aktiv in die Verhältnisse einzugreifen, die ihr eigenes Leben, ihre Zukunft und die ihrer Kinder und Enkel betrifft, mitzugestalten und sich zu beteiligen, statt nur noch teilnahmslos als Beobachter am politischen Wegrand zu verweilen.

Dieses Grundsatzprogramm ist von der Hoffnung getragen, daß diejenigen Unrecht haben, die den Deutschen als *generell unmündigen politischen Mitläufer* charakterisieren. Es ist Ausdruck unseres Wunsches, daß möglichst viele Menschen in nachfolgenden Gedanken und Lösungsansätzen eine persönliche Herausforderung sehen, eine Basis für die Fortführung eigener Gedanken und eine Hoffnung dafür, der Zukunft nicht passiv/abwartend begegnen zu müssen, sondern die vor uns liegenden Jahrzehnte aktiv, interessiert und generell positiv gestimmt mitzuformen und kreativ mitzugestalten.

## Einleitung

Ein Grundsatzprogramm - dies impliziert schon der Titel – verfolgt nicht die Intention, bis ins letzte Detail erarbeitete Feinentwürfe anzubieten, vielmehr soll es auch Dritten gegenüber die generelle Strategie offenlegen, um die es der betreffenden Partei als politischer Interessenvertretung der Menschen in diesem Lande und insbesondere ihrer Wähler geht. Dabei muß es – und hierin zeigt sich vor allem die Qualität eines derartigen Grundsatzprogrammes – vor allem darum gehen, nicht einzelnen Bereichen des politischen Gesamtkonzeptes dominante Priorität einzuräumen, vielmehr ist ein *holistisches Gesamtkonzept* erforderlich, welches wiederum einen genuinen, komplexen Gesamtüberblick über all' die Bereiche erfordert, die ein politisches Gebilde wie die Bundesrepublik Deutschland ausmachen.

Wir, Gründer und Mitglieder der **PERSPEKTIVE**, waren uns nämlich darüber einig, daß wir nur dann eine Chance haben würden, die Mehrheit der Bürger als Befürworter unserer Gedanken gewinnen zu können, wenn wir klar und deutlich herauszustellen vermochten, *was* wir ändern wollen und *wie* wir dies zu tun gedenken.

Nun kamen die Gründer der **PERSPEKTIVE** beileibe nicht aus dem politischen Nichts, vielmehr handelt es sich bei ihnen um Frauen und Männer unterschiedlichen Alters wie auch unterschiedlichen politischen Hintergrunds. Allen gemeinsam war jedoch die Einsicht, daß es für politische Änderungen in erheblichem Umfange und auf praktisch allen Gebieten höchste Zeit ist, sowie der feste Wille, hierbei aktiv – quasi als Vorbild für andere – mitzuwirken.

Ein (bei tieferem Nachdenken gar nicht überraschender) hoher Anteil der Mitbegründer der **PERSPEKTIVE** kommt aus dem Lager der mittelständischen Unternehmer, der Gewerbetreibenden und Freiberufler. Viele waren ehemals bei der *FDP* zu finden. Viele kamen jedoch auch aus der „roten“ oder „schwarzen“ Ecke des politischen Spektrums – reichlich enttäuscht über das, was ihnen vormals als „sozial“-politisch oder „christlich-sozial“ verkauft worden war.

Gerade dies verdeutlicht jedoch einen weiteren wichtigen Aspekt, der die Notwendigkeit der Gründung einer neuen politischen Bewegung wie der **PERSPEKTIVE** unterstreicht: Es geht nicht darum, den vermeintlichen politischen Polen - *Marktwirtschaft* oder *Sozialismus* – einen neuen, dritten gegenüber zu setzen. Es geht vielmehr um ein völlig neues politisches Denken, Planen und Handeln, welches nötig ist, um die Menschen – bei weitem nicht nur der Bundesrepublik Deutschland oder Europas – in eine sichere Zukunft zu führen.

Es geht um die Sicherung des *Friedens*, der *Freiheit des Individuums*, *Wohlstand* und *Lebensqualität* sowie die Einbindung aller Menschen – gleich welchen Geschlechts oder Alters, welcher Rasse und Herkunft oder Religion – in eine globale, von Interesse, Mitgefühl und Verständnis getragene Gemeinschaft auf diesem Planeten Erde.

Unterschiedlich zu anderen Parteien und Organisationen, die sich ein derartiges Credo auf die Fahnen geschrieben haben, sind nur die Wege, die wir zur Erreichung dieses globalen Ziels als notwendig beschreiben und als gangbar zu belegen versuchen.

Schon vom Äußerlichen unterscheidet sich dieses Grundsatzprogramm erheblich von allen anderen Grundsatzprogrammen bundesdeutscher Parteien und Vereinigungen, die Sie (vielleicht) bisher gelesen haben.

Wir haben auf die typische „systematische“ Gliederung in einzelne Teilbereiche und diesen dann untergeordnete Punkte verzichtet, da schon eine derartige Systematisierung u.E. irreführend, sinnwidrig und deshalb unzweckmäßig ist. Es gibt nämlich faktisch keinen Bereich eines Staatswesens, der – losgelöst von anderen Bereichen – für sich alleine stehen kann oder

abgehandelt werden dürfte. So wirken in die *Verkehrspolitik* zweifellos auch die Belange *Umwelt, Natur* und Fragen der *Wirtschaftspolitik* mit ein, in besonderem Maße jedoch die *Finanzpolitik* (oftmals sogar sowohl die der Kommunen und Länder als auch des Bundes).

Wer hier dialektisch sortieren zu müssen meint, vernebelt bereits in seinem Grundsatzprogramm den *Blick für das Ganze*.

Im übrigen meinten wir, daß es für den Leser dieses Grundsatzprogramms (vor allem für Menschen, die zum ersten Mal ein derartiges Programm in Händen halten) angenehmer und kurzweiliger ist, grundsätzliche Gedanken in einem Fluß zu konsumieren.

Aber auch für die systemisch denkenden Mitbürger haben wir uns etwas einfallen lassen; am Ende dieses Grundsatzprogramms finden Sie ein alphabetisches Sach- und Wortregister mit Verweisen auf die jeweiligen Stichwörter im laufenden Text.

Wir hoffen, damit möglichst vielen Menschen einen Zugang zu einer (zugegebenermaßen) nicht immer einfachen Materie bieten zu können.

In derartigen Grundsatzprogrammen ist sehr oft von *neuen Zielen* und *anderen Wegen* die Rede. Allzu häufig mißbrauchte Begriffe wie z.B. „*liberal*“ und „*revolutionär*“ ziehen sich dann durch den Text wie spitze Steine in einer Sandwüste.

Davon wird mancher Leser gleich von vornherein abgehalten, andere schließen daraus – oftmals vorurteilig – sie *wüßten schon, um was es dabei geht*. Allen Vorurteilen sind damit Tür und Tor geöffnet.

Wir legen deshalb Wert darauf, noch einige Gedanken hierauf zu verwenden:

Der Weg der Menschheit in die Zukunft kann unter verschiedenen Aspekten gesehen werden. Für den einen stehen wirtschaftliche, für den anderen mehr technische Chancen, Risiken oder Notwendigkeiten im Vordergrund. Mancher mag sozialpolitische Entwicklungen für wichtiger halten oder dem Naturschutz oberste Priorität einräumen.

Wir meinen, daß wir gerade von einer derartigen *singulären Priorität* vollkommen „wegzudenken“ lernen müssen. Insofern muß ein Grundsatzprogramm, das einerseits möglichst viele Menschen zur Mitarbeit auffordern möchte, andererseits sich nicht zum Büttel irgendeiner „Denke“ oder Lobby machen will, möglichst *ganzheitlich sein*. Vielleicht steckt darin sogar das *revolutionärste Element* der **PERSPEKTIVE**. Gerade die überspitzte Einzel„*wert*“betrachtung verschiedener Bereiche unseres Lebens, z.B. der Wissenschaften, hat die Menschheit und diesen Globus in das Dilemma geführt, aus dem jeder einen Ausweg wünscht und keiner so recht weiß, wie dieser zu finden und zu bewerkstelligen ist.

Wir meinen, daß die Lösung nahezu aller uns für die Zukunft ins Haus stehenden Probleme nur dann und insoweit zu verwirklichen ist, wie wir lernen, ganzheitlich – das bedeutet auch (und buchstäblich) *in Einheit mit der uns umgebenden Natur* – zu leben, i.e. zu *denken*, zu *fühlen* und zu *handeln*. Das wiederum bedeutet notwendigerweise, daß niemand ob seines Geschlechtes oder seiner Rasse, Religion oder Nationalität, seines Berufes oder seiner Ausbildung menschlich weniger oder mehr wert ist.

Nicht hingegen bedeutet es, daß – wie dies so oft leichtfertig posaunt wird – „*alle Menschen gleich*“ seien; gerade in der Vielfalt der Menschen (wie auch der gesamten übrigen Natur) liegt ja einerseits die Buntheit unserer Welt, zum anderen bietet gerade die *Unterschiedlichkeit* der Menschen, ihrer Fähigkeiten und Fertigkeiten, ihrer Ideen und Gedanken, ihres Ursprungs und ihrer Lebensweise uns allen die Chance, diese Fähigkeiten, dieses Wissen und die damit verbundenen Möglichkeiten im Sinne und zum Wohle aller einzusetzen. Recht einleuchtend: Wären wir tatsächlich alle *gleich*, so böte dies dem außenstehenden Betrachter eine reichlich langweilige Szenerie.

Folgt man diesem Gedanken, so stellt sich jedoch auch heraus, daß schon die Forderung nach genereller *Gleichbehandlung* reichlich unsinnig ist. So hat jeder Mensch bereits bis zum Eintritt in das Schulleben derart unterschiedliche Erfahrungen gemacht und Einflüsse erfahren, daß bestimmte Interessen und Anlagen einen universell-gleichen Schultyp und Ausbildungsgang schlechterdings unmöglich machen, will man den Einzelnen nicht – im Sinne einer Gleichmacherei – körperlich, geistig und seelisch vergewaltigen. Entsprechend sinnvoll ist es aber dann, vorhandenen Potentialen jede nur mögliche Weiterentwicklungschance zu bieten, d.h. den Individualitäten jedes Einzelnen möglichst breiten Raum zu geben, statt alles über den berühmten „Kamm zu scheren“.

Es mag für ein Grundsatzprogramm schwierig, mutmaßlich sogar anmaßend sein, derartige philosophische und psychologische Aspekte einzubeziehen.

Wir sind jedoch der Überzeugung, daß gerade Philosophie und Psychologie *die* Basis sind, auf der und aus der heraus alle weiteren Gedanken zu einzelnen Themenkreisen, die es zu berücksichtigen und für die es eine Alternative zu schaffen gilt, entstehen. Wer nicht bereit ist, diese Basis bei sich selbst zu entwickeln, tritt – entsprechend angepaßt und ohne die Chance auf eine Selbstverwirklichung – mit der berühmten „Masse“ durchs Leben. Entsprechend muß eine politische Vereinigung, die nicht im Selbstzweck erstarren will, und die sich auf die Fahnen geheftet hat, daß es ihr um den Menschen an sich geht, auch dafür einstehen, die Individualität jedes einzelnen Menschen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit, ihres Denkens und ihrer Pläne (also ihr *grundsätzliches Programm*) zu stellen.

*Dies* muß *der Weg* und *das Ziel* einer politischen Vereinigung sein, die dem Einzelnen wie auch den Menschen insgesamt eine Chance für eine den Bedürfnissen und Herausforderungen der Zukunft entsprechende Lebensführung eröffnen und anbieten möchte. Dies mag Vielen sehr weit gegriffen, vielleicht geradezu *revolutionär* erscheinen, doch genau das ist es, was wir dringend für nötig erachten und – beileibe nicht nur in Deutschland – bei den bisher bestehenden Parteien und Vereinigungen vermissen.

Ein Letztes: Dieses Grundsatzprogramm will niemanden ausgrenzen. Darin liegt jedoch gleichzeitig auch das Problem; wer für Jung und Alt, hoch-gebildet oder bislang weniger intellektuell befaßt, Menschen aller Berufsgruppen und Herkunft ein gleichermaßen verständliches Grundsatzprogramm verfassen möchte, sieht sich dem Versuch gegenüber, die Quadratur des Kreises lösen zu wollen.

Sehen Sie, liebe/r LeserIn, uns deshalb bitte nach, wenn wir nicht in allen Belangen und jedem Satz Ihre persönliche Dialektik treffen können. Wir haben versucht, uns allgemein-verständlich auszudrücken, gleichzeitig wollten wir aber auch die politisch schon etwas Versierteren anrühren und fordern. Nehmen Sie deshalb bitte nachfolgende Gedanken als einen wengleich unvollständigen und ständiger künftiger Veränderung unterworfenen Versuch, notwendige Veränderungen einzuläuten, bevor die Verhältnisse noch problematischer und Lösungen noch schwieriger (und teurer für uns alle) werden.

Signalisieren Sie uns – auch wenn Sie dies Zeit kosten mag – sowohl Zustimmung wie auch Ablehnung. Fühlen Sie sich aufgerufen zur Diskussion wie auch zu Gegenvorschlägen. Diskutieren Sie die Inhalte des nachfolgenden Grundsatzprogramms mit möglichst vielen Menschen. Seien Sie – dies vor allem – aktiv.

Mit herzlichem Dank für Ihr Interesse und allen guten Wünschen

**PERSPEKTIVE e.V. ohne Grenzen**

- Der Vorstand -

## - Grundsätzliches

Die **PERSPEKTIVE** bekennt sich klar und eindeutig zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, was nicht ausschließt, daß dieses in mancherlei Punkten zu ergänzen wäre und mancher Artikel einer Neufassung bedürfte. *Pars pro toto* seien hier die Artikel 14 und 143, Abs. 3 (Beseitigung der doppelten Eigentumsordnung, „Bodenreform“ u.a.), Artikel 24 (Euro-Einführung, Übertragung von Hoheitsrechten an die EU etc.), Artikel 16, Abs. 2 (Asylrecht für politisch Verfolgte, Zuwanderungsgesetz und der Leistungskatalog für Asylbewerber) sowie Artikel 146 des Grundgesetzes (Ablösung der bisherigen verfassungsmäßigen „Übergangslösung“) genannt.

Höchst bemerkenswert - und sicherlich nicht länger hinnehmbar - ist auch, daß diejenigen im Grundgesetz am wenigsten Berücksichtigung und Schutz durch klare Gesetze finden, die von keiner Lobby vertreten werden und sich selbst noch nicht artikulieren können - *unsere Kinder!*

Das bisher gültige Grundgesetz ist nach dem 2. Weltkrieg als „Notprogramm“ geboren worden, wofür seinen „Vätern“ sicherlich hohes Lob zu zollen ist. Niemand hätte damals auch für möglich gehalten, daß dieses „vorläufige“ Grundgesetz über 50 Jahre Gültigkeit bewahren sollte. Ein heute völlig anderes politisches Umfeld und der bereits 1949 klar geäußerte Wille, *nach der Wiedervereinigung* ein tatsächliches, langfristig-gültiges Grundgesetz zu erarbeiten, sollten nun realiter ihre Erfüllung finden.

Klar geregelt werden sollten in einem derartigen, neu zu erarbeitenden Grundgesetz auch die Rechte und Pflichten der gewählten Volksvertreter sowie der *Wahlmodus* selbst. Es darf nicht angehen, daß „der demokratische Rechtsstaat zur Beute der etablierten Parteien“ (*Altbundespräsident Richard von Weizsäcker*) wird. Grundgesetzlich auszuschließen ist, daß weniger als 2 % aller Bürger diesen Staat und seine Legislative beherrschen. So sind an Parlamentskandidaten höhere Anforderungen als bislang zu stellen. Der „Berufspolitiker“ heutiger Couleur, der außer seinem Willen zur Macht und seiner Fähigkeit, sich innerhalb einer Partei nach oben zu dienen, keinerlei Qualifikation zu bieten hat, muß endgültig der Vergangenheit angehören. Die heutige Dominanz der Beamten und öffentlich-rechtlichen Angestellten in sämtlichen Parlamenten auf Bundes- und Länder- bzw. Kommunalebene muß einer paritätischen Verteilung und verantwortlichen Mitwirkung der unterschiedlichen Berufsgruppen weichen.

Die **PERSPEKTIVE** plädiert dafür, daß Abgeordneter nur derjenige werden kann, der zuvor in einem ausgeübten Beruf entsprechende Lebenserfahrung gesammelt hat - eine klare Absage an heute übliche „Partei-Berufspolitiker“-Karrieren (Jugendorganisation, Orts-, Kreisverband, Parteiamt, Staatssekretär, Minister bzw. Statthalter in einer öffentlich-rechtlichen Institution/Stiftung o.ä.). Zudem sollten über Wahllisten gewählte Abgeordnete höchstens zweimal hintereinander gewählt werden dürfen, während auf dem Wege über ein Direktmandat gewählte Abgeordnete von dieser Einschränkung freibleiben sollten.

Was vielen Bürgern dieses Landes gar nicht bewußt ist: Die Bundesrepublik Deutschland steht völkerrechtlich bislang noch in einer Art „Waffenstillstand“; ein völkerrechtlich gültiger *Friedensvertrag* wurde bislang nicht geschlossen. Dies sollte ehestmöglich und in aller Form endlich erfolgen.

## - Freiheit

Die **PERSPEKTIVE** sieht sich in ihren Grundsätzen und seiner Arbeit allen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, die in der Freiheit des Menschen und der Achtung der Freiheit des Mitbürgers sowie dem Schutz derer, die zu eigenem Schutz (noch) nicht (mehr) fähig sind, ein humanistisches Ideal sehen.

Für die **PERSPEKTIVE** endet die Freiheit jedes Einzelnen dort, wo die Freiheit eines Anderen eingeschränkt wird. Dies bezieht sich auf alle Bereiche des täglichen Lebens, der politischen Verantwortung, der körperlichen Unversehrtheit, der geistigen und wirtschaftlichen Fähigkeiten und deren Förderung, der sozialpolitischen Verantwortung sowie des Umgangs untereinander mit der entsprechenden Achtung vor der Würde des Mitmenschen, aber auch seine Einbindung in Natur und Umwelt.

## - Achtung und Toleranz

Wenngleich die Menschen mit unterschiedlichen Voraussetzungen, Fähigkeiten und Talenten ausgestattet sind, ist ihnen dennoch insoweit *generelle Chancengleichheit* zu garantieren, als kein Mensch wegen seiner Rasse oder Hautfarbe, seines Alters oder Geschlechts, seiner Herkunft oder seines Berufes höher- oder minderwertiger einzustufen und zu behandeln ist.

Ebenso plädiert die **PERSPEKTIVE** für die *klassenlose Gesellschaft*, d.h. der tatsächlichen Gleichbehandlung und -berechtigung von *Arbeitern, Angestellten und Beamten*.

## - Verantwortung des Einzelnen in der Sozial- und Wirtschaftsgemeinschaft

Die **PERSPEKTIVE** plädiert für eine *vorausschauende Politik* der Notwendigkeit, des Möglichen und Machbaren. Es richtet sich jedoch eindeutig gegen die bestehenden Auswüchse der Verwaltungs- und Gesetzesflut, einen veränderungsfeindlichen Beamtenmoloch, die Vergesellschaftung des Einzelnen und die generelle Regulierung des gesamten Lebens jedes einzelnen Mitbürgers. Dementsprechend sind nicht nur die Rechte des Individuums wieder zu stärken und mehr individueller Kreativität Raum zu geben, vielmehr muß uns darum zu tun sein, die Verantwortungsbereitschaft des Einzelnen zu wecken und - im Sinne und zum Wohle der Sozialgemeinschaft - einzufordern. Diesem Grundgedanken ist in der Sozial- und Rechtspolitik ebenso zu entsprechen wie in Bezug auf Bildung<sup>1</sup> und Lehre, Erziehung und Familie, Berufs- und Erwerbsleben, die Vorsorge für die Fährnisse des Lebens und des Alters, Umwelt- und Naturschutz, die Sicherung der Gesundheit, des Lebens und des Eigentums jedes Einzelnen.

Die **PERSPEKTIVE** plädiert im Rahmen der *Verantwortung des Einzelnen* innerhalb einer Sozialgemeinschaft für die Einführung eines „*sozialen Dienstes*“ für beide Geschlechter nach Vollendung des 18. Lebensjahres, um den Gemeinsinn zu fördern. Hierbei sollte jeder Bundesbürger entsprechend seinen Eignungen, individuellen Präferenzen (z.B. zukünftige Berufswahl) nach Möglichkeit wählen können.

Dem hemmungslosen Besitz- und Machtstreben des Einzelnen – Ausdruck eines völlig aus dem Ruder gelaufenen abendländischen Wertesystems – müssen Alternativen entgegengesetzt werden, die den Einzelnen wie auch alle Formen von Sozialgemeinschaften wieder auf der

---

<sup>1</sup> Siehe hierzu: „*Plädoyer für ein neues Bildungssystem*“, H.-W. Graf, **PERSPEKTIVE ohne Grenzen e.V., München**

Grundlage humanistischer Traditionen und eines (mit)menschlichen Lebens zurückzuführen vermögen.

Nicht die vermutete Leistungsfähigkeit des Einzelnen darf zur Grundlage der Verpflichtung zur Verantwortung - u.a. auch im Sinne der Besteuerung - führen. Vielmehr gilt es, die Leistungsbereitschaft des Einzelnen bereits in der Familie, in den frühesten Anfängen der Erziehung, in Schule, Ausbildung und Lehre in der Weise zu entwickeln, daß freiwillig erbracht wird, was als notwendig erkannt und verstanden wird.

Sozialpolitisch ist eine strikte Abkehr von der bisher geübten „Gießkannen“-Politik unverzüglich einzuleiten. *Kindergeld* oder *Wohngeld*, *Bafög*, *Stafög* und alle anderen Arten von Zuschüssen können und dürfen nicht mehr pauschal - quasi als „Wählerfalle“ - eingesetzt und verteilt werden, sondern ausschließlich bei Bedarf und dann in entsprechender Höhe.

Zu dieser reformierten Sozialpolitik gehört auch die rigorose Angleichung fehlbelegter Sozialwohnungen auf das in der freien Marktwirtschaft übliche Niveau, der (frei)zügige Umbau großer (Sozial-) Wohnungen ohne sinnwidrige und langwierige Auflagen sowie die Wahl für den Bürger, seine Vorsorge für die Fährnisse des Lebens privat und in Eigenverantwortung wahrnehmen zu können - als Alternative zur gesetzlichen Sozialversicherung und -vorsorge.

Die von Politikern häufig ins Feld geführte Behauptung, gerade die Vielzahl der Steuern und Gesetze gebe dem Staat die Möglichkeit, lenkend, leitend und ordnend dort einzugreifen, wo es eben gerade notwendig sei, geht bei näherer Betrachtung völlig ins Leere:

- Das Heer der Arbeitslosen wuchs beständig und unabhängig davon, welche Branchen Gewinne oder Verluste erbrachten.
- Die Besser- und Bestverdienenden in unserem Lande zahlen mit ca. 32 % ihres Einkommens durchschnittlich genau denselben Steueranteil, wie der in Brot und Arbeit stehende Durchschnitts-Erwerbstätige. Schon dies beweist die Chimäre der „sozial ausgleichenden Gerechtigkeit unseres Steuersystems“ nachhaltig.
- Seit mehr als einer Generation erweist sich, daß tatsächlich die Reichen immer reicher, die Armen jedoch immer *zahlreicher* werden. Dem könnte durch ein völlig anderes Steuer-, Wirtschafts-, Finanz- und Sozialsystem Rechnung getragen werden (siehe Anhang). Damit würden auch diejenigen motiviert, ihr Vermögen in Deutschland einzusetzen, die heute ins Ausland flüchten.

## Im Klartext

Oberstes Ziel einer Reformierung des Staates, der Wirtschaft, der gesamten Sozialgemeinschaft, des Erziehungs- und Bildungswesens, aber auch der Justiz - der Gewährung von Schutz für Schwache, Hilfsbedürftige und Kranke wie auch der Sozialgemeinschaft gegenüber denjenigen, die ausschließlich zu ihrem eigenen Vorteil handeln - muß sein: ***So viel Staat wie nötig, und so wenig Staat wie möglich.***

Diesem Grundgedanken muß auch in sämtlichen Einzelbereichen, die ein Staatswesen ausmachen, Rechnung getragen werden.

Die **PERSPEKTIVE** plädiert in diesem Zusammenhang für die generelle *Abschaffung des Berufs-Beamtenstands* sowie die *Egalisierung des bisherigen Mehr-Klassen-Systems*, d.h. die Abgrenzung zwischen Arbeitern, Angestellten, öffentlich Bediensteten, Beamten und Beamten mit Sonderstatus. Vielmehr sollte nur noch in Selbständige (Gewerbetreibende und

Freiberufler), nicht-selbständig Tätige sowie Erwerbslose (Kinder, Schüler, Studenten, Rentner, Pensionäre und Arbeitslose) unterschieden werden.

Der völlig aus dem Ruder gelaufene Verwaltungs- und Gesetzesdschungel ist schnellstens und in großem Stile den Erfordernissen eines modernen, „schlanken“ Staates anzupassen. Wo Regelungen und Durchführungsbestimmungen den Sinn vernünftiger Kontrollierbarkeit verloren haben, werden auch die davon originär betroffenen Sinnelemente ad absurdum geführt und laden nachgerade zum Mißbrauch ein, statt daß - wie eigentlich beabsichtigt - dadurch ein Ausgleich geschaffen und Ungerechtigkeiten vermieden werden. Einen Bundestagsabgeordneten für jeweils 25.000 vertretene Bürger ins Parlament zu entsenden, sollte mehr als genügen. Dementsprechend sollte die Zahl der Bundestagsabgeordneten auf etwa 320 pro Legislaturperiode begrenzt werden.

Die gesamte Bürokratie – kommunal, regional, auf Länder-, Bundes- und EU-Ebene – ist unverzüglich auf ein Minimum zurückzuführen.

### **- Die Aufgaben eines (modernen) Staates**

Angelegenheit des Staates (und damit hoheitliche Aufgaben) sollten ausschließlich sein:

a) *Die Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland* und ihrer Teilgebiete gegen Feinde von innen und außen; zu diesem Zwecke sollte eine *Berufsmarine* aufgestellt werden, die ausschließlich zur *Verteidigung* der Bundesrepublik sowie zu Einsätzen der *NATO* bzw. der *UNO* zur Verfügung stehen sollte. Daneben sollte die Sicherheit der Bundesrepublik nach innen durch eine gut bezahlte und bestens ausgebildete Polizei gewährleistet werden, die fallweise von privaten Sicherheitsorganen ergänzt und unterstützt werden könnte.

α) Nach *innen* betrifft dies alle Belange, die den Aufbau und das Gefüge der unterschiedlichen Ebenen des Staates - Bund, Länder, Gemeinden und die Familie - sowie innerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland lebende Menschen umfassen. Hierbei werden die Einzelbereiche

- Soziales, Familie, Erziehung und Medizin
- Bildung und Wissenschaft
- Technik und Fortschritt
- Wirtschaft
- Recht und Sicherheit

von *Ressortministern* geleitet, während der Leiter der „*Stabsstelle*“ *des Inneren* von einem Minister geleitet wird.

β) Bezüglich der *Verteidigung nach außen*: Hiervon sind alle Belange betroffen, die für die Wahrung der Interessen der innerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland mit Wohnsitz lebenden Menschen gegenüber dem Ausland von Bedeutung sind sowie deren Verteidigung bzgl. körperlicher, geistiger und materieller Belange und Werte.

Hierbei werden die Einzelressorts

- Verteidigung
- Entwicklungshilfe und
- internationale Koordination

wiederum von *Ressortministern* geleitet, während der Leiter der *Stabsstelle des Äußeren* von einem Minister geleitet wird.

Die Polizei - auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene - soll vornehmlich den Status einer *staatlichen Koordinierungsstelle* erhalten und mit (weitestgehend privaten) Sicherheitsdiensten eng zusammenarbeiten. Dies würde zweifellos zu mehr Konkurrenz, einer effizienteren Leistungsbereitschaft) und einer angemesseneren Entlohnung für im Polizeidienst beschäftigte Personen sorgen.

Die verschiedenen Sicherheitsdienste sollten unterschieden - und entsprechend unterschiedlich ausgebildet - werden in den Bereichen

- Schutz von Privatpersonen
- Schutz von Firmen und
- Schutz von staatlichen Einrichtungen.

b) *Das Steuerwesen:* Hierzu wird auf das bereits 1978 vom „**Deutschen Bundesverband für Steuer-, Finanz- und Sozialpolitik (DBSFS) e.V.**“ erarbeitete *Steuer- und Wirtschaftskonzept* verwiesen – eines der maßgeblichen Kernstücke der Reformpolitik der **PERSPEKTIVE**, zu dem auch eine Neuordnung der Sozialpolitik, der sozialen Vorsorge und Fürsorge gehört, die unter dem generellen Leitgedanken steht: *So viel Eigenverantwortung wie möglich und so wenig staatliche Kontrolle und Fürsorge wie (wirklich) nötig!*

In diesem Bereich sind die von der **PERSPEKTIVE** geforderten Reformen wohl die revolutionärsten und einschneidendsten. In angemessener und verständlicher Kürze seien diese wie folgt dargestellt:

- Sämtliche bisherigen Steuern werden aufgehoben. Dies betrifft auch Verordnungen, die ursprünglich als *zeitlich begrenzt* eingeführt wurden, inzwischen jedoch längst dauerhaften Charakter und damit den Status von Steuern „erworben“ haben.
- Privatisiert und in die Eigenverantwortlichkeit der Bürger rückübertragen wird alles, was nicht den bereits genannten (auch künftig hoheitlichen) Aufgaben entspricht: *Verteidigung* (inkl. der Judikative), *Verwaltung* und *Steuerwesen*. Dazu gehört auch, daß grundsätzlich jeder Bürger selbst bestimmen kann, ob er die Vorsorge für die Fähigkeiten des Lebens - Krankheit und Alter, Berufs- und Erwerbsunfähigkeit etc. - privat absichern oder sich dazu einer öffentlich-rechtlichen Sozialvorsorge bedienen möchte. Jeder Bürger ist jedoch verpflichtet, sich für die eine oder andere Möglichkeit zu entscheiden.
- Abgeschafft werden auch sämtliche *Zusatzleistungen* - privatwirtschaftlicher oder öffentlich-rechtlicher Art -, wie z.B. Weihnachts- und Urlaubsgeld, 13./14. Gehalt und sämtliche andere Donationen. Leicht nachweisbar ist nämlich zum einen, daß diese beileibe nicht als *soziale Errungenschaften* gewerkschaftlicher Tätigkeit anzusehen sind, vielmehr verzerren sie das Konkurrenzgefüge - vor allem zwischen großen Unternehmen und dem Mittelstand, der damit unverhältnismäßig höheren Belastungen ausgesetzt ist als Großbetriebe.

Zum anderen haben diese Zusatzeinkünfte einen hohen inflationären Charakter gewonnen, der von den Unternehmen natürlicherweise in den Preisen seinen Niederschlag findet, worunter nachgerade sozial Schwächere bedeutend mehr zu leiden haben als Besser- und Bestverdiener. Gerade im Zusammenhang mit den folgenden Gedanken des von der **PERSPEKTIVE** vertretenen „*Steuer- und Wirtschaftskonzeptes*“ macht dies leicht nachvollziehbar Sinn.

- Das gesamte Steueraufkommen resultiert aus einer fünffach gestaffelten *Konsumsteuer*:
  - α) Mit einer Konsumsteuer von 0 % werden belegt: Alle Grundgüter, sämtliche Vorsorgeaufwendungen, Girokonten und Hypothekenkredite, Erbschaften, Schenkungen und Spenden an gemeinnützige Organisationen (zu denen künftig auch Schulen und Lehrbetriebe gehören sollen).
  - β) Mit einer 20 %-igen Konsumsteuer werden belegt: Normalgüter, Risiko-Kapitalbeteiligungen, Privatkredite, Spenden an Parteien und Gewerkschaften, freiwillige Arbeitgeberzuwendungen an ihre Arbeitnehmer.
  - γ) Mit einer 40 %-igen Konsumsteuer sind belegt: Gehobene Güter.
  - δ) Mit einer 60 %-igen Konsumsteuer werden belegt: Luxusgüter.
  - ε) Sonder-Regulierungs-Steuer von x %, die bei der Produktion, Distribution, dem Verbrauch und der Entsorgung ökologisch oder gesundheitlich schädlicher Güter - z.B. fossile und Kernbrennstoffe, Elektroschrott, nicht-abbaubarer Verpackungsmüll u.ä. - angewandt werden.

Da (s.o.) durch den Wegfall aller bisherigen Steuern (sowohl für natürliche wie juristische Personen) die Produktionskosten aller Güter sowie die Kosten für Dienstleistungen, Handel, Tourismus und Distribution um jeweils 40 - 60 % sinken, würde dies dazu führen, daß selbst Luxusgüter inkl. einer 60 %-igen Konsumsteuer ausnahmslos billiger würden, als dies heute der Fall ist. Vor allem würde dies jedoch dazu führen, daß gerade die *Grundgüter* und die *Normalgüter* - worin sich ein höchst sozialer und ausgleichender Effekt zeigen würde - überproportional billiger würden. Dahinter steht der Gedanke, daß gerade die Güter der unteren beiden Klassen bei sozial- und finanz-schwächeren Personen/Familien bisher überproportional auf das monatliche Budget schlagen, bzw. anders herum bei einer hier vorgeschlagenen Reform des *Steuer- und Wirtschaftssystems* sozial schwächere Personen in besonderem Maße entlastet würden.

Diesem Konzept der **PERSPEKTIVE** liegt aber auch der Gedanke zugrunde, daß der Staat seine Bürger nicht nach deren potentieller Leistungsfähigkeit besteuern kann - vor allem nicht im Hinblick auf die zunehmende Globalisierung der Märkte, die Möglichkeiten, in steuerlich günstigere Nachbarländer auszuweichen und über Tochterfirmen Gewinne ins Ausland zu verlagern, während Verluste innerhalb der bundesdeutschen Grenzen „*sozialisiert*“ werden. Vielmehr sollte sich die Höhe der Konsumsteuer danach richten, was der Einzelne an Leistungen von der Sozialgemeinschaft abrufen und für sich in Anspruch nimmt. Genau in diesem Punkt liegt der vornehmliche sozialpolitische Reformansatz des *Steuer- und Wirtschaftskonzeptes* der **PERSPEKTIVE**

Binnen kurzer Zeit könnten o.g. Prozentsätze sogar auf 15 % bzw. 30 % und 50 % abgesenkt werden, wenn nämlich der bislang existierende Beamtenmoloch, die subventionistische Verschwendung und andere „Altlasten“ abgebaut werden. Der Staat darf sich auch nicht zum Büttel und Interessenwahrer singularer Partikularinteressen (Lobbys, Verbände, Kirchen etc.) machen. Dies betrifft z.B. die Zwangsglied-

schaften in der *IHK* und der *HWK* (Handwerkskammer) für jeden, der ein Gewerbe unterhält, wie auch die noch immer auf das Konkordat von 1937 zurückzuführende Zwangsbesteuerung sowie die Verwaltung und großzügige Privilegierung der beiden christlichen Kirchen. Alleine dadurch, daß es z.B. den Kirchen selbst obliegt, Steuern in Form von Mitgliedsbeiträgen ihrer Angehörigen einzutreiben und zu verwalten, sowie durch den Wegfall der den beiden Konfessionen gewährten Steuervorteile blieben dem Staat rund 30 Milliarden an direkten und indirekten Steuerlasten (bzw. -subventionen) erspart. Die staatliche Eintreibung und Verwaltung der Kirchensteuer ist unverzüglich aufzuheben.

Der Bundesrechnungshof ist mit klaren Kompetenzen auszustatten, die auch *Regreßmöglichkeiten*, d.h. die Möglichkeit der *Amtsanklage* bei Verschwendung öffentlicher Gelder, beinhalten.

Wir fordern eine konsequente Anwendung des *Verursacherprinzips* in der gesamten Wirtschaft - auch für die Organe des Staates.

- c) *Die Verwaltung*: Das föderale System in der Bundesrepublik Deutschland und seinen Ländern soll keineswegs aufgegeben werden. Gestärkt werden soll jedoch die *kommunale Selbstverwaltung* sowie die hoheitliche Verantwortlichkeit der einzelnen Bundesländer. Bundespolitisch soll die Verwaltung im Sinne einer kooperativen Interessengemeinschaft funktionieren - nicht mehr und nicht weniger -, wie es dem originären Begriff einer *Bundesrepublik* eigentlich entspricht.

Im Sinne der Gesundung des Staatshaushaltes durch eiserne Sparsamkeit ist auch vom heute geübten „Prinzip“ *übertriebener Repräsentation* abzurücken. Sämtliche *steuerfreien Bezüge* haben zu entfallen. Öffentlich-rechtlich Angestellte haben Nebeneinnahmen aufzudecken. Verwaltungsgesetze und -vorschriften sind auf ein Minimum zu beschränken, und innerhalb der Verwaltung muß eine (in der gesamten übrigen Wirtschaft gängige) *Kostenrechnung* eingeführt werden. Die heute noch übliche öffentlich-rechtliche *kameralistische Buchführung* ist endgültig abzuschaffen.

Dem Staat ist ein ausreichendes Budget zu gewähren, damit dieser zum einen seinen hoheitlichen Aufgaben nachkommen kann, zum anderen soll damit sichergestellt werden, daß auf Landes- und Kommunalebene ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um Bedürftige, Kranke, Alte und sonstiger Hilfen bedürftende Mitmenschen ausreichend und in sozialer wie humaner Form betreut und versorgt werden können.

Aufgabe des Staates und seiner Organe darf und kann nicht sein, sich immer mehr Einnahmen zu sichern, um dann mit einem immer weiter aufgeblähten öffentlich-rechtlichen Finanz- und Verwaltungsapparat Unsummen zu verschwenden - vornehmlich durch die Versorgung der eigenen Klientel.

Was immer privat möglich und (zumeist weit billiger) finanzierbar ist, soll nicht öffentlich-rechtlich erledigt, verwaltet und hoheitlich beansprucht werden.

Der Staat insgesamt hat sich als Unternehmen, genauer gesagt als ein sozial-, wirtschafts- und finanzpolitisch effizientes und transparentes *Dienstleistungsunternehmen* zu verstehen.

Sämtliche anderen Bereiche – dies betrifft auch das Bildungs- und Erziehungswesen, Lehre und Forschung, Post- und Bahnwesen etc. – sollen (und können) weitgehend privatwirtschaftlich erledigt und sichergestellt werden.

Dies betrifft auch bislang öffentlich-rechtliche Dienstleistungsunternehmen wie den sozialen Wohnungsbau, den Straßenbau sowie das Transport- und Kommunikationswesen und andere bislang öffentlich-rechtliche „Dienstleistungs“-Unternehmen.

## - Kinder und Jugendliche

Der *Schutz des Kindes* ist - was im bisherigen Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland leider völlig verabsäumt wurde - als eines der höchsten Güter anzusehen und entsprechend sicherzustellen. Daß die allermeisten Probleme, die Menschen in ihrem Leben haben, nicht durch genetische Manifestationen verursacht und determiniert werden, sondern Langzeit-Auswirkungen derjenigen Prägungen sind, die das Kind in körperlicher, geistiger und seelischer Form bereits in jungen Jahren erfährt, ist inzwischen - weit über die Grenzen der Psychologie und Psychotherapie hinaus - Allgemeingut. Leider wird diesem *Wissen* jedoch in praxi noch in keiner Weise entsprochen; weder in der Politik (Familienpolitik, Schule und Bildung, Justiz- und Sozialpolitik) noch im Basiswerk unserer Demokratie, dem *Grundgesetz*.

Zwar wird die *Familie* (hier sind vornehmlich die *Eltern* gemeint, kaum jedoch die *Kinder*) als „*kleinste Zelle des Staates*“ unter den besonderen Schutz des Gesetzgebers gestellt, in Wahrheit jedoch ist die *Familie* ohne Lobby im deutschen Bundestag (das Familienministerium hat traditionell jeweils nur Alibi-Charakter), und gerade die Schwächsten und Wehrlosesten in unserer Gesellschaft - die Kinder - werden sträflich vernachlässigt. Daß Kinder jedoch die Zukunft jedes Staatswesens darstellen, ist Politikern augenfällig völlig unbekannt und wird von der Gesellschaft vollends negiert. So sollten wesentlich mehr Hilfen denjenigen Eltern angeboten werden, die - in eigentlich notwendiger Weise - nicht nur *biologische* Eltern, sondern auch *pädagogische* Wegbegleiter ihrer Kinder sein bzw. werden wollen.

Wir sollten uns – dies ist die feste Überzeugung der **PERSPEKTIVE** – darüber klar werden, daß – verzeihen Sie diesen philosophischen Ausflug – Kinder wie *Blätter im Wind* sind. In welchen Garten, in welche Umwelt sie „geweht“ werden, *wo* sie Fuß fassen und knospen, wachsen und blühen werden, bestimmen *wir*. Wer darüber nicht nachzudenken und darauf keine Rücksicht zu nehmen bereit ist, muß sich nicht wundern, wenn in seinem „Garten“ – Synonym für unsere Gesellschaft – Unkraut zu wuchern beginnt und (geistig wie seelisch) verkrüppelte Kreaturen entstehen. Darüber dann später zu klagen, ist reichlich unsinnig und in jedem Falle zu spät.

Vor allem jedoch müssen Straftaten, die gegen das Leben oder die Gesundheit von Kindern gerichtet sind (Gewalt, Entführung und Unzucht, auch wenn diese ohne Anwendung von Gewalt erfolgt), als Kapitalverbrechen eingeordnet und entsprechend geahndet werden. Der bisherige *Täterschutz* muß einem kategorischen *Opferschutz* weichen.

Es ist ein breites Angebot an Kindertagesstätten, Kindergärten und -horten, Lernzentren und Jugend-Freizeitheimen – getreu dem Motto: *Lieber JFHs<sup>2</sup> statt JVA<sup>3</sup>* - zu schaffen.

Sowohl zur pädagogischen Unterstützung wie auch zur Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen sind *Jugendberater* und *Jugendobmänner/-frauen* innerhalb der Sozialberufe einzuführen. Die bisherige Beschränkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen im geltenden Grundgesetz auf nur einen Satz (innerhalb des Artikels 6 GG) ist ebenso beschämend wie die Tatsache, daß in der Bundesrepublik die Zahl der Mitglieder in Tier(schutz)vereinen einhundertmal höher liegt als die der Kinder(schutz)vereinigungen.

---

<sup>2</sup> FH: Jugendfreizeitheim

<sup>3</sup> JVA: Justizvollzugsanstalt

Das Schulwesen ist in der Weise zu reformieren, daß bereits in den Grund- und Hauptschulen Fächer zu integrieren sind, die den wirklichen Bedürfnissen in einem modernen Leben entsprechen. Hierzu gehören neben den Grundfächern *Deutsch, Lesen, Schreiben* und *Rechnen* auch *Geschichte, Sozialkunde, eine erste Fremdsprache* und *Rhetorik* sowie *Musik, Sport, Geographie, Gesundheitslehre* und *Ethik*.

Das Problem des ‚versteckten‘ Analphabetismus‘ - d.h. Menschen, die zwar ehemals lesen und schreiben gelernt haben, diese Fähigkeiten jedoch über die Bedürfnisse der Hauptschule hinaus nie praktiziert haben und deshalb im Erwachsenenleben oftmals nicht einmal in der Lage sind, einen Brief zu schreiben oder einigermaßen verständlich zu kommunizieren - ist in allen Industrienationen bekannt, wird jedoch schamhaft verschwiegen. Wie sehr gerade diese als Belastung und den eigenen ‚Wert‘ mindernde Schwäche empfunden wird, wissen Verhaltenspsychologen nur allzu gut.

Spätestens in den Sekundarschulen (Realgymnasien) sind die Fächer *Biologie, Chemie* und *Physik, Wirtschaft, eine zweite Fremdsprache, praktische Kommunikation* sowie *Humanismus* in den Lehrplan aufzunehmen.

In Gymnasien ist außerdem eine *dritte Fremdsprache* als Pflichtfach einzuführen sowie *Soziologie, Kulturgeschichte, Philosophie* und *Psychologie*.

Kein Mensch kann guten Gewissens heute noch von einem ‚Reifezeugnis‘ sprechen, wenn lediglich in drei oder vier Pflichtfächern ein zwar tiefes, aber höchst spezialisiertes Fachwissen nachgewiesen wird. Letztlich ist auch das Universitätsstudium in der Form zu reformieren, daß neben dem spezifischen Studienfach global angelegte, allgemein bildende Wahl-Pflichtfächer anzubieten sind. Außerdem soll - im Sinne größerer Praxisnähe - zu jedem Universitätsstudium mindestens ein *praktisches Semester* pflichtmäßig gehören.

Hierzu verweisen wir auf das ausführliche ‚*Plädoyer für ein neues Bildungssystem*‘. Ein Gedanke dieses alternativen Bildungssystems ist die Einführung eines ‚*Lebens-Bildungskontos*‘, das jeder Mensch ab Geburt erhält und lebenslang nutzen kann. Die ‚*Währungseinheit*‘ für dieses *Bildungskonto* lautet auf ‚*Paed*‘<sup>4</sup> – in Anlehnung an das Wort *Pädagogik*<sup>5</sup>. In ‚*Paed*‘ werden nun alle ‚*Bildungseinheiten*‘ abgegolten, die der Mensch im Laufe seines Lebens in Anspruch nimmt – vom Staat als soziale Leistung zur Verfügung gestellt. Die Anzahl der jedem Menschen zustehenden ‚*Paed*‘ müßte dabei so ausreichend bemessen sein, daß sich der *Bildungsbereite* sehr wohl auch leisten kann, Neigungen und Interessen entsprechende *Bildung* in Anspruch zu nehmen, die vielleicht nicht gerade dazu angetan sind, sein Einkommen zu erhöhen oder sein Prestige zu fördern. Warum soll es z.B. nicht möglich sein, sich in der antiken Kunst bilden zu lassen, Holzschiffe nur mit natürlicher Vernunft (also ohne Nägel) zu bauen?

Dieses *Bildungskonto* ist nicht übertragbar, es begleitet also den Menschen während seines ganzen Lebens. Es steht nur ihm persönlich zur Nutzung zur Verfügung, und er ist auch niemandem Rechenschaft dahingehend schuldig, ob er es zur Gänze nutzt, wofür er es verwendet und wann er sich dessen bedient.

Schulen und Universitäten sind - unter Aufsicht und Kontrolle des jeweiligen Bundeslandes - als private Unternehmen zu führen, die dementsprechend auch unter dem Gesichtspunkt der Konkurrenz zu arbeiten haben. Hierbei sollte pro Schüler ein bestimmtes Budget festgelegt werden. Kinder von sozial schwächer gestellten Familien können jeweils kommunale oder Landes-Stipendien erhalten, die jedoch nach Art und Höhe unmittelbar an den jeweiligen

---

<sup>4</sup> als Singularetantum, wie z.B. *D-Mark, Wetter* oder *Gesundheit*

<sup>5</sup> *Pädagoge* (griech.: *Spielgefährte, Begleiter, Freund des Kindes*)

Lernerfolg zu koppeln sind. Dies bedeutet nicht eine Rückkehr zu höherem *Schulstreß* und einer Dehumanisierung des Schüler-/Studentenlebens, vielmehr geht es um eine Verwirklichung des Gedankens, daß sich auch ein junger Mensch nur in dem Maße fördern lassen kann, wie er diese Förderung auch bereit ist, ernstzunehmen und sich damit einer Forderung an die eigene Lern- und Leistungsbereitschaft messen zu lassen in der Lage und willens ist.

Daneben können auch zinsgünstige Darlehen vergeben werden, die jedoch dann auch wieder der Sozialgemeinschaft zurückzuerstatten sind. Immerhin bietet diese Studienförderung ja auch die Chance, höherwertige Arbeitsplätze und höhere Einkommen zu erzielen.

Die Klassenstärke ist gesetzlich auf maximal 20 Schüler pro Klasse festzulegen. Auch der erfahrene und best-ausgebildete Pädagoge ist nicht in der Lage, 30 und mehr Schülern wirkungsvoll - d.h. den Belangen, Voraussetzungen und Fähigkeiten der einzelnen Schüler in ausreichendem Maße - gerecht zu werden.

Der Beruf des Lehrers bedarf einer grundsätzlichen Aufwertung im allgemeinen Gesellschaftsleben. Wenn schon zumeist Eltern nicht in der Lage sind, pädagogisch wertvoll in der Erziehung vorzugehen, so kommt diese Aufgabe um so mehr den Lehrern zu.

## **- Berufs- und Arbeitswelt**

Die *freie Berufsausübung* für jeden Menschen soll lediglich von zwei Grundgedanken getragen sein:

- a) Jeder kann seinen erlernten Beruf bzw. sein Gewerbe zu jeder ihm genehmen Zeit ausüben. Bisher geltende Einschränkungen - z.B. Ladenöffnungszeiten, Sonntags-Berufsverbote oder andere Reglementierungen der freien Berufsausübung - haben generell zu entfallen. Arbeitnehmern und -gebern muß im Sinne *mündiger Gleichberechtigung* gestattet sein, sich über Form und Inhalt ihres Arbeitsverhältnisses selbst klar und einig zu werden. Die in früheren Zeiten sicherlich angebrachte Schutzfunktion des Staates und der Gewerkschaften für den ausgebeuteten Arbeiter hat in heutiger Zeit wahrlich keine Berechtigung mehr. Alle derartigen Versuche des Staates, bestimmter Interessensvereinigungen und Gewerkschaften, sich hierbei einzumischen, stellt heutzutage einen entmündigenden und sozial- wie wirtschaftspolitisch mehr hinderlichen als hilfreichen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Vertragspartner im Arbeitsprozeß dar.
- b) Alle Berufe, bei denen körperliche, geistige oder seelische Belange und Bedürfnisse berührt sind, dürfen nur von dazu ausgebildeten und dafür geeigneten Menschen ausgeübt werden. Dies betrifft (wie bereits bisher) die Berufe der Rechts- und Steuerberater, der Architekten und Mediziner jeglicher Fachrichtung, es soll künftig jedoch auch für die Pädagogikausbildung von Lehrern, Erziehern, Medizinern sowie Finanz-, Vermögens- und Wirtschaftsberater gelten, die in erheblichem Maße die wirtschaftlichen Belange sich ihnen anvertrauender Bürger fördern oder schädigen können.

Ausschließlich dem Zwecke dienend, Transparenz und Ehrlichkeit ins Wirtschaftsleben zu bringen, ist künftig auf eine klare Unterscheidung zwischen „Beratern“ und „Verkäufern“ abzustellen. *Beratung* impliziert zum einen die Unabhängigkeit desjenigen, der sich Berater nennt, zum anderen besteht zwischen dem zu beratenden Bürger und dem Berater ein Treueverhältnis besonderer Art, dem durch entsprechende Fachkompetenz und Vertrauenswürdigkeit in besonderem Maße Rechnung zu tragen ist. Dementsprechend dürfen sich Ein-Firmen-Vertreter aus allen Branchen nicht mehr mit der Bezeichnung *Berater* schmücken und/oder mit diesem irreführenden Begriff Werbung für ihre Tätigkeit betreiben.

Berater haften für ihre Beratung und haben deshalb eine umfassende *Berufshaftpflichtversicherung* abzuschließen, sofern sie selbständig tätig sind. Ansonsten sind sie als angestellte Berater in ihrer Tätigkeit abzusichern.

Die Festlegung der persönlichen Lebensarbeitszeit ist ein fundamentales, individuelles Recht jedes Menschen. Sie wird generell mit 50 Jahren festgelegt, wobei jeder Monat mit 0,16 % des jährlich zu bestimmenden Durchschnitts-Rentenniveaus festgelegt ist. Dies ist maßgebend für diejenigen, die sich nicht für eine freiwillige Rentenversicherung, sondern stattdessen Pflichtbeiträge in eine öffentlich-rechtliche Sozialversicherung entrichten.

Grundsätzlich kann jedoch jeder so lange arbeiten, wie er will. Es steht also jedem Bundesbürger frei, unter Anrechnung etwaiger Minus- oder Pluszeiten seine Lebensarbeitszeit selbst festzulegen.

Zu den freiheitlichen Rechten jedes Bürgers, seine Arbeits- wie auch seine Lebensarbeitszeit selbst festzulegen, gehört auch, in freier Selbstverantwortung zu bestimmen, wie und in welcher Höhe er sich gegen die Fährnisse des Lebens (Berufs-/Erwerbsunfähigkeit, Krankheit, Invalidität und das Alter) absichert. Zwar muß - dies schon zum Schutze der Sozialgemeinschaft - eine generelle Absicherungspflicht bestehen, der Bürger hat jedoch die freie Wahl, ob er sich hierzu staatlicher Einrichtungen bedient oder ob er statt dessen seine diesbezüglichen Vertragspartner aus dem Kreis der privaten Anbieter wählt. Nachgewiesen werden muß jeweils eine entsprechende Mindest-Absicherung, in die auch weitere, zur Familie des Bürgers zählende Personen (Ehepartner, Kinder) einzuschließen sind. Hierzu zählt insbesondere die Frage der Altersversorgung und die der Gesundheitsvorsorge; es muß jedem Menschen selbst überlassen bleiben, sich (und seine Familie) - über eine gesetzlich vorgegebene Mindestgröße hinaus - bei einer Krankenversicherung seiner Wahl zu versichern. Auch in diesem Bereich hat das Modell der *gesetzlich vorgeschriebenen Kranken-/Renten-/Pflegekosten- und Arbeitslosenversicherung* höchst archaischen Charakter und sollte dringend in den Selbstverantwortungsbereich der Bürger überstellt werden.

### **- Bürger und Gesellschaft unter dem Schutz des Rechtsstaates**

So sehr das Recht auf öffentliche Meinung einerseits und die Pressefreiheit andererseits als originäre Güter einer freiheitlichen Demokratie anzusehen sind, so wenig vereinbar ist mit den Gedanken eines humanistischen Staatswesens, daß Täter von dritter Seite Vermögen für die Veröffentlichung ihrer Lebensgeschichte erhalten, während die Opfer nur in seltenen Fällen einen Ausgleich für ihre körperlich und seelisch erlittenen Schäden erhalten. So wünschenswert die Rehabilitation von Straftätern sicherlich ist, so unsinnig und ungerecht ist es, darüber die entsprechenden Opfer zu vernachlässigen oder schlicht zu vergessen.

Wiewohl Strafe nie den Charakter von *Rache* annehmen soll, so wenig zufriedenstellend ist die heutige Situation in deutschen Gefängnissen, die - was die Lebensqualität insgesamt anbelangt - für viele Arbeits- und Obdachlose nachgerade traumhaft erscheinen muß. Dies kann nicht die Basis eines gerechten und wirkungsvollen Strafvollzugs sein. Dementsprechend ist ein gerechteres und dem Schutz der Bevölkerung dienlicheres Strafgesetzbuch zu erarbeiten. In gleicher Weise ist das GmbH-Gesetz dringend zu reformieren, da es jährlich in Abertausenden von Fällen regelrecht eine Anleitung zum gefahrlosen Betrug darstellt.

Kapitalstraftaten werden im Wiederholungsfall mit *lebenslänglich* bestraft. Wohin uns eine „soziale Justiz“ und ein „humaner Strafvollzug“ gebracht haben, ist wohl hinlänglich bekannt. Hier sollte auf (längst vorliegende) Erhebungen von Soziologen und Gerichtspsychologen

zurückgegriffen werden, statt daß deren Erkenntnisse unveröffentlicht in den Schubladen verbleiben und der Öffentlichkeit vorenthalten werden.

Nachweislich kriminell erworbenes Vermögen (Bestechungs- und Drogengelder, Schwarzgelder und Einkünfte aus Schmuggel- und Waffenschiebergeschäften) sind einzuziehen.

Straftäter müssen auch zu kommunalen/sozialen Arbeitseinsätzen verurteilt werden können - was bislang noch eher die Ausnahme ist und wozu ein Häftling auch nicht gezwungen werden kann.

Neben Menschen-, Drogen- und Waffenhandel (der gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz verstößt) sowie der Gewalt gegen Wehrlose (u.a. Kinder, Schutzbefohlene und Frauen) soll auch Korruption [nicht nur entsprechend der Definition des Dudens (Bestechung, Bestechlichkeit und moralischer Verfall)] erheblich stärker bestraft werden. Es kann nicht angehen, daß Bestechungsgelder, die im Ausland bezahlt werden, in Deutschland von der Steuer abgesetzt werden und selbst innerhalb Deutschlands nur Beamte und öffentlich Bedienstete wegen Korruption belangt werden können.

Es sollte auch darauf hingewirkt werden, daß Staaten, die sich der Gewährung/Duldung von Korruption (z.B. Verstößen gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz) schuldig machen, hohe Bußen zu bezahlen haben bzw. ihre Gesetze entsprechend ändern müssen. Zumindest innerhalb der EU soll darauf schnellstens hingearbeitet werde.

Der gesamte *Datenschutz* ist auf seinen realen Sinn zu überprüfen und entsprechend zu wandeln. Gerade im Zeitalter der Medien und immer kürzerer Übertragungsmöglichkeiten nahezu aller Daten und detaillierter Fakten innerhalb kürzester Zeit mutet es nachgerade lächerlich an, wenn per Datenschutz vor allem diejenigen geschützt werden, die die Rechte anderer mit Füßen treten. Das *Datenschutzgesetz* ist längst zum perfekten *Täterschutzgesetz* mutiert - das generelle Los aller Gesetze und Verordnungen, die vornehmlich auf dem Papier verankert sind, deren tieferer Sinn jedoch zumeist gar nicht verstanden und schon gar nicht realiter umgesetzt wird.

Beileibe nicht gegen das Persönlichkeitsrecht verstößt auch, Sexualstraftätern „genetische Fingerabdrücke“ abzunehmen und diese einer international verfügbaren Datenbank zuzuführen. Die körperliche Unversehrtheit – dies gilt insbesondere für den sexuellen Intimbereich und hier speziell bezüglich *Kindern* und *Jugendlichen* – ist als besonderes Rechtsgut anzusehen. Die Auswirkungen eines Verstoßes hiergegen sind – was davon nicht-Betroffenen zumeist gar nicht klar ist – für die davon betroffenen Opfer ein lebenslanges Trauma. Wer seiner eigenen Triebe nicht Herr zu werden in der Lage ist, muß – notfalls auch zwangsweise – unter Therapie gestellt und nötigenfalls sicherheitsverwahrt werden.

Dem *Tier- und Artenschutz* ist in besonderer Weise und weit über das bisherige Maß hinaus Rechnung zu tragen. Wer sich an Flora und Fauna zum Zwecke der eigenen wirtschaftlichen Bereicherung vergreift, handelt – egal in welchem Umfange – wider die natürliche Basis und Lebensgrundlage aller Menschen. Er macht sich damit beileibe nicht nur in spirituellem oder religiösem Sinne schuldig, vielmehr verletzt er damit fundamental die funktionale Lebensgrundlage der Vielfalt, die diesen Planeten – für alle Menschen und gleichermaßen – interessant und lebenswert macht. Dieses gemeinsame Recht aller Menschen zu beschneiden oder zu gefährden, kann und darf keiner natürlichen und keiner juristischen Person erlaubt sein. Dies betrifft auch den Tierschutz in Bezug auf Laborversuche für Nahrungsmittel, Medikamente oder Kosmetika. Demgegenüber ist jedoch auch klar – alles andere wäre weltfremd –, daß medizinisch-technischer Fortschritt auch in-vivo-Versuche, also die Arbeit und Forschung unter realen

Bedingungen, nötig macht. Deshalb sind - wenngleich in höchst selektiver und nur auf das absolut notwendige Maß beschränkt – auch Tierversuche zu gestatten, wobei der Schutz der Natur absoluten Vorrang vor egomaner Experimentierfreude des Menschen haben muß.

Schon eher wäre daran zu denken, Menschen - mit ihrer Einwilligung und gegen Zahlung einer entsprechenden „Risikoprämie“ und selbstverständlich unter allen nur möglichen Sicherheitsvorkehrungen! – für medizinische oder technische Versuche einzusetzen. Wer z.B. als Strafgefangener aus ehrlicher Reue und Einsicht seinen Mitmenschen in dieser Weise dienlich sein oder (z.B. als Student) sein Monatsbudget aufbessern möchte, sollte dazu die Möglichkeit erhalten.

Schon die Hochachtung vor der Schöpfung in jeder Form gebietet ein Verbot der Massentierhaltung sowie eine art- und sachgerechte Tier-Transport-Gesetzgebung.

Im Sinne der Rückbesinnung auf das Verhältnis „*Mensch und Natur*“ sollte der *Tier- und Artenschutz*, eine fundamentale Kenntnisvermittlung bzgl. der biologischen Zusammenhänge und die Rolle des Menschen in seiner natürlichen Umwelt elementarer Bestandteil der Erziehung in Familie und Schule werden.

Erst wenn der Mensch wieder lernt, als höchst-entwickeltes Lebewesen auf diesem Planeten auch wieder die Verantwortung für den Schutz von Umwelt und Natur zu übernehmen, kann er auch wieder in Harmonie und Einklang mit der ihn umgebenden Welt treten. In Erziehung, Lehre und Forschung sowie ins Kultur- und Wirtschaftsleben muß das Bewußtsein integriert werden, daß sich der Mensch nicht - gestützt auf seine Überlegenheit - das Recht herausnehmen darf, sich Flora und Fauna dieses Planeten aus purem Egoismus zu unterjochen, vielmehr obliegt ihm die Verantwortung für deren Schutz.

Erst wenn diese Einsicht zu einem generellen Bewußtseinswandel in der gesamten Gesellschaft führt, schaffen wir damit die Grundlage für folgende Generationen, unsere Erde als lebenswerten Planeten bewahren zu können.

Aus diesem Grunde ist dem Umweltschutz weit höhere Priorität einzuräumen, als dies bislang der Fall ist. Zwar zählt Deutschland weltweit zu den fortschrittlichsten Ländern in diesem Bereich, es gibt hierbei jedoch speziell i.p. *Aufklärung* enorm viel zu tun. Dazu zählt z.B. die Einsicht in die Tatsache, daß es wenig Sinn macht, die Umwelt in der Bundesrepublik zu schonen und sich statt dessen im Ausland zu besorgen, was in Deutschland aus Umweltschutzgründen verboten ist. Wer seinen Müll, Giftstoffe und schwer zu entsorgende Stoffe ins Ausland verbringt, gefährdet damit dennoch – wenngleich möglicherweise zeit- und ortsversetzt – die Umwelt auf unserem Planeten. Insofern tut *Aufklärung* bereits in jüngsten Jahren (Elternhaus und Schule) dringend not. Aus dem gleichen Grunde ist schnellstens dafür zu sorgen, daß eine umweltschonende und recyclebare Energiepolitik und die entsprechende Forschung forciert wird. Der seit 20 Jahren vorherrschende Streit, ob der Verbrauch fossiler Brennstoffe oder die Nutzung von Atomenergie umweltverträglicher ist, sollte längstens als unsinnig entlarvt werden. Wir sind technisch absolut in der Lage, eine alternative Energiepolitik zu betreiben, die – eine forcierte Zusammenarbeit von Wissenschaft, Forschung, Industrie und staatlicher Politik vorausgesetzt – sogar bedeutend billiger, vor allem jedoch langfristig zur Wiedergesundung der Erde, von Flora und Fauna beitragen würde. So lange jedoch die Forschung in diesen Bereichen einigen wenigen Idealisten vorbehalten bleibt, die dann auch noch gegen Industrie-politische Starrsinnigkeit anzukämpfen haben, bleibt alles Gerede opportunistischer Politiker eine Farce, noch deutlicher formuliert: ein Verbrechen an künftigen Generationen.

Energie und Wirtschaftspolitik, Biologie und Landwirtschaft, Ökologie und Ökonomie müssen speziell in diesem Bereich lernen, zum Wohle und Schutz aller Bürger zusammenzuarbeiten – national wie international –, statt wie bisher egoistische Partikularinteressen eisern zu verteidigen und sich kurzfristig in den Dienst von Rendite, Umsatz und Absatz zu stellen.

### **- Abbau der „Subventionitis“**

Steuerentlastungen (bzw. -rückvergütungen) sind ausschließlich für Projekte und Einrichtungen zu gewähren, die als *sozialpolitisch förderungswürdig* einzustufen sind (Sozial-Sponsoring). Hierzu zählen insbesondere Kinderheime und Waisenhäuser, Alten- und Pflegeheime, Schulen und Behindertenwerkstätten u.ä.

Die bisherige, Milliarden-teure *Subventionspolitik* wird eingestellt. So kann für kinder- und erbenlose Landwirte sowie zur Einstellung nicht mehr rentabler Agrarbetriebe ein „*Land-Fonds*“ geschaffen werden, in den Agrarland gegen Zahlung einer Leibrente an die bisherigen Besitzer eingebracht werden kann. Dies würde der weiteren Zersiedelung vorbeugen und gleichzeitig billiges Bauland für die Gemeinden schaffen.

Die in besonderem Maße von der Frage der Rentabilität betroffene Landwirtschaft muß mit kreativen Ideen und dem Einsatz moderner Technik rationalisiert und konkurrenzfähig gemacht werden, statt mit Milliarden mangelnden ökonomischen Verhältnissen begegnen zu wollen. Ähnliche Alternativen zur bisherigen Subventionsvergabe (z.B. in der Stahl- und Kohlewirtschaft) sind unverzüglich einzuleiten und auch auf EU-Ebene einzufordern.

Sport- und Kulturveranstaltungen sind insoweit nicht steuerlich förderungswürdig, als sie der selbständigen Lebensführung des Einzelnen zuzuordnen sind und dementsprechend auch privat zu finanzieren und zu unterhalten sind.

### **- Immigration und Asyl**

Daß die Bundesrepublik Deutschland aus vielerlei Gründen als Einwanderungsland begehrt ist, liegt auf der Hand. Dementsprechend gilt es, klare Bestimmungen für Einwanderer zu formulieren, die einerseits jedem Menschen das prinzipielle Recht zubilligen, seinen Wohnsitz dort zu nehmen, wo ihm dies beliebt, auf der anderen Seite sicherzustellen, daß bestehende soziale Strukturen nicht unbotmäßig gefährdet und „kolonialistisch“ entfremdet werden. Wer sich dazu entschließt, seinen Wohnsitz innerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland zu nehmen, hat sich deren Gesetzen und ihrer kulturellen Ordnung zu unterwerfen. Andererseits wäre weltfremd und im Sinne der sich immer mehr abzeichnenden weltweiten Integration und Globalisierung der Menschheit auch wenig geholfen, wenn sich ein Land wie die Bundesrepublik – im Herzen Europas und Teil der künftigen EU – versuchtermaßen abschotten wollte.

Generell soll jeder Ausländer das Recht haben, seinen Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland zu nehmen und innerhalb der bundesdeutschen Grenzen auch eine Tätigkeit aufzunehmen – als Selbständiger oder als Arbeitnehmer. Wer fünf Jahre in Deutschland einen Wohnsitz unterhält, erwirbt auf Antrag das kommunale aktive und passive Wahlrecht. Wer zehn Jahre in Deutschland lebt, erwirbt – ebenfalls auf Antrag – die bundesdeutsche Staatsbürgerschaft und damit auch auf Bundesebene das aktive und passive Wahlrecht.

Beide Rechte setzen jedoch zwingend voraus, daß innerhalb dieser „Wartezeiten“ die Anwärter nicht auf Kosten der Allgemeinheit leben und auch nicht straffällig werden. Ersteres ist nur im Zuge eines Asylantrags möglich, letzteres zieht die sofortige Ausweisung in sein Heimatland nach sich.

Zur Frage der *Asylpolitik*: Asylanträge haben binnen 30 Tagen bearbeitet zu werden. Bei Nichtanerkennung oder Straffälligkeit hat die sofortige Ausweisung zu erfolgen, sofern nicht eine tatsächliche Gefahr für Leib und Leben besteht.

## Wenn wir schon bei Reformen sind

Nebentätigkeiten von öffentlich Bediensteten sind generell meldepflichtig und in keinem Fall während der Arbeitszeit oder unter Inanspruchnahme öffentlicher Mittel zu dulden. Universitäts-Chefärzte kassieren mitunter pro Jahr mehr aus Privathonoraren und sog. „Gutachtertätigkeit“ als mit ihrer – ohnehin zumeist hochdotierten – offiziellen Tätigkeit. Die Nebeneinnahmen von Klinikchefs – via Pharmakonzerne, Ausstattern von medizinisch-technischen Gerätschaften etc. – sind ein offenes Geheimnis, und selbst Richter an Oberlandesgerichten verdingen sich nebenbei – und während ihrer Arbeitszeit – als Bausparkassen- und Versicherungsvertreter.

Abgeordnete auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene haben grundsätzlich keinerlei Nebentätigkeiten auszuüben. Sowohl bezahlte wie auch ehrenamtliche Tätigkeiten in Aufsichts- und Beiräten von Firmen, Vereinen oder sonstigen Institutionen sind zu untersagen. Vor ihrer Tätigkeit als Abgeordnete ausgeübte derartige Ämter haben während ihrer Tätigkeit als Parlamentarier ausnahmslos zu ruhen. Damit soll den Interessenkonflikten, die sich aus einer derartigen Verquickung politischer Verantwortlichkeit und persönlicher Interessenslage geradezu zwangsläufig ergeben müssen, von vornherein ein Riegel vorgeschoben werden. Hiermit könnte dem heute leider üblichen höchst korruptiven Gemenge in und zwischen Politik und Wirtschaft endgültig der Boden entzogen werden. Wenn – wie heute – Bundestagsabgeordnete bis zu 15 verschiedene „Nebenjobs“ in Verbänden und Vereinen, Institutionen der Wirtschaft, in Gewerkschaften und Stiftungen halten, können diese unmöglich ihrem eigentlichen Auftrag als gewählte Parlamentarier auch nur annähernd nachkommen. Korruption ist damit geradezu zwangsläufig Tür und Tor geöffnet. Wer zwischen seinem politischen Auftrag und persönlicher Macht- und Geldgier nicht zu unterscheiden in der Lage ist, ist als Abgeordneter charakterlich ungeeignet und nicht tragbar.

Die **PERSPEKTIVE** plädiert für die Einführung einer gestaffelten Straßennutzungsgebühr für In- und Ausländer bei gleichzeitigem Wegfall der Kfz.-Steuer, wodurch allein im Verwaltungsbereich Einsparungen in Milliardenhöhe verzeichnet würden. Künftig soll auch der *private Straßenbau* (z.B. Fernstraßen auf Pacht-Basis) möglich sein. Benutzer dieser Straßen haben eine Maut zu entrichten. Die Betreiber derartiger Privatstraßen zahlen wiederum eine Pacht an die entsprechende Kommune und das Bundesland.

Wir fordern eine Umwandlung des Sachleistungsprinzips in der gesetzlichen Krankenversicherung in ein Kostenerstattungssystem, die freie Krankenkassenwahl sowie die Privatisierung von Krankenhäusern und medizinischen Einrichtungen.

Die „gewaltsame“ Einführung des *Euro*, die heute praktisch in keinem Land der EU mehr eine Mehrheit der Bevölkerung hinter sich sieht, ist unverzüglich abubrechen. Sinnvoll und in jeder Hinsicht förderlich wäre es, den *Euro* als *Parallelwährung* einzuführen – nicht zuletzt, um damit im internationalen Devisen-Tauschhandel Einsparungen in Milliardenhöhe zu bewirken.

Gesetzlich verankert werden sollen die demokratischen Mittel des *Volksbegehrens*, der *Volksbefragung* und des *Volksentscheids* - auf Bundes-, Länder- wie auf kommunaler Ebene.

Einzuführen ist:

- Die *Personenwahl* bei Parlamentswahlen,
- die direkte Wahl des Bundespräsidenten durch das Volk,
- die Ernennung von Bundesverfassungsrichtern durch das Kollegium der Richter der Bundesrepublik sowie der Landesverfassungsrichter vom Kollegium der Richter des betreffenden Bundeslandes.

Die unselige „*Proporz*“-Ernennung der obersten Richter auf Landes- und Bundesebene nach ihrer Zugehörigkeit zu den großen Parteien ist unverzüglich abzuschaffen.

Die „Verteilung“ politischer Posten nach parteilicher Opportunität widerspricht in grotesker Weise demokratischer Willensbildung. Posten, die öffentliche Interessen berühren, sind nach dem *Qualifikationsprinzip* zu besetzen. Alles andere entspricht *politischer Korruption*.

Zum Thema *Wohnungsbau*: Die Bundesrepublik Deutschland rangiert mit einer „Eigenheimquote“ von 41 % (in die sogar Mehrfach-Immobilienbesitz eingerechnet ist) europaweit an letzter Stelle. Dazu tragen sowohl die heutigen Grundstücks- und Baupreise wie auch die Bauland-Zuweisungspolitik der Kommunen, ein Wohnungsbau-feindliches Dickicht an Gesetzen und Verwaltungsvorschriften sowie eine wohnungsbaupolitisch höchst feindliche Mietergesetzgebung bei. Auch hier hat der Staat (so vernünftig dies bis Ende der 60er Jahre war) zu lange seine Finger im Spiel gehalten, indem er als Bauherr, Träger und Verwalter im Immobilienbereich agiert hat. Ein von Staatsinteressen freier Wohnungsmarkt konnte sich in Deutschland deshalb kaum entwickeln.

In diesem Sinne schlägt die **PERSPEKTIVE** eine radikale Abkehr vom bisher geübten „Staatsmonopol“ im Bau- und Wohnungswesen vor:

- Fehlbelegte Sozialwohnungen sind unverzüglich entweder dem freien Markt zu übergeben oder von seinen unrechtmäßigen Mietern zu räumen.
- Trabantenstädte im Umfeld von Großstädten dürfen nicht länger die Ausweisung von Bauland zu Lasten der benachbarten Großstadt behindern.
- Baugesuche sind unverzüglich zu bearbeiten.
- Der Gesetzes- und Vorschriftenschwungel ist radikal abzubauen.
- Die Aus- und Umbauvorschriften sind drastisch zu erleichtern.
- Die Umwidmung von bislang gewerblichen in wohnwirtschaftlich nutzbare Immobilien ist ohne große Auflagen zu ermöglichen. Dies gilt um so mehr, als im Zuge einer zunehmenden „Privatisierung“ der Arbeitswelt die Arbeitsplätze im eigenen Wohnbereich (diese werden künftig drastisch zunehmen) besonders wichtig werden, da sonst bundesweit Hunderttausende von gewerblich genutzten Räumen (vor allem Büros) leerstehen und ihre Eigentümer nicht selten in den Ruin treiben werden.
- Der Ausbau von Dach- und Kellergeschossen ist zügig und Auflagen-arm zu gewähren.

*Entwicklungshilfe*: Welche fatalen Auswirkungen eine ungenügende, vor allem jedoch eine - von egoistischen Interessen getragene - falsche Entwicklungshilfepolitik zeitigt, ist längststens bekannt und wurde (so es dieses Beweises überhaupt noch bedurfte) durch die Studie „*Unsere Welt*“ des „*Deutschen Bundesverbandes für Steuer-, Finanz- und Sozialpolitik (DBSFS) e.V.*“ von 1992/93 eindeutig belegt.

Die **PERSPEKTIVE** plädiert aus diesem Grunde für eine *wirkliche*, d.h. nicht von den Egoisten der Industrienationen geprägte, sondern dem Sinn des Wortes entsprechende „*Hilfe zur Entwicklung*“ für die Länder der Dritten Welt. Hierbei darf es nicht um eine möglichst effiziente Ausbeutung der Natur- und Bodenschätze der Länder in Asien, Südamerika und Afrika gehen, und deren Bevölkerung darf auch nicht als Potential für billige Arbeitskräfte und hohe Gewinnmargen schamlos ausgenutzt werden. Ebenso wenig darf Entwicklungshilfe darin bestehen, daß in *neo-kolonialistischer* Überheblichkeit die Bevölkerung der Länder der Dritten

Welt gezwungen wird, in einer ihr fremden Sprache Bildung zu erwerben und nach europäischen Mustern zu denken und zu leben lernen.

Zu wirklicher Entwicklungshilfe gehört die Achtung vor der Geschichte und der Kultur eines anderen Volkes. Entwicklungshilfe muß „*Hilfe zur Selbsthilfe*“ werden und darf nicht von wirtschaftlicher Dominanz und egoistischem Gewinnstreben geprägt sein. Mit wahrer Entwicklungshilfe schaffen wir uns nicht nur die Sympathie anderer Nationen, vielmehr müßten unsere Hauptmotive für ehrliche Entwicklungshilfe die sein, Hunger und Elend, Not und unmenschliche Lebensbedingungen, Seuchen und Epidemien, hohe Säuglingssterblichkeit und unverantwortliche Reproduktionsraten in nahezu der Hälfte aller Länder der Welt effizient und schnellstens zu besiegen.

Daß bei kritischer Betrachtung das Gros heutiger Entwicklungshilfemaßnahmen, die Tätigkeit der meisten sog. Entwicklungshilfe-Organisationen und -Institutionen, vor allem jedoch der bislang dafür eingesetzte personelle und finanzielle Energieaufwand höchst ineffizient ist und allenfalls als pseudo-humanistische Alibiveranstaltung anzusehen ist, muß deutlich herausgestellt und im Sinne einer globalen Verantwortlichkeit korrigiert werden. Die Hunger- und Elendsgebiete dieser Welt unbeachtlich zu lassen, hieße, die Augen vor unser Aller Zukunft zu verschließen. Wer im eigenen Lande Frieden und Wohlstand garantieren und genießen möchte, muß eben dafür auch im weiteren Umfeld, in den uns umgebenden Ländern und Kontinenten sorgen.

## Schlußbemerkung

Das vorliegende Grundsatzprogramm der **PERSPEKTIVE** kann (und soll) nicht alle in einem komplexen und komplizierten Sozialwesen betroffenen Belange bis ins letzte Detail durchdeklinieren. Die Verfasser wollten vielmehr einen generellen Überblick dahingehend bieten, daß und in welcher Form die **PERSPEKTIVE** ihre politische Arbeit im Hinblick auf einen modernen, den Forderungen künftiger Jahrzehnte gerecht werdenden Staat verstanden wissen will.

Wir sind uns der Tatsache nur zu bewußt, daß unter den hier skizzierten Forderungen künftig den Bürgern mehr Mitspracherecht und -möglichkeit eingeräumt wird, als dies wohl jemals zuvor in der Bundesrepublik Deutschland der Fall war. Den hier gezeigten Rechten und Möglichkeiten steht jedoch auch die klare Absage an politischen Nihilismus, (sozial)politische Verweigerung und (bislang immer mehr um sich greifende) Selbst-Entmündigung entgegen.

Wir wollen allen BürgerInnen, denen die Staatsform der Demokratie wirklich am Herzen liegt, Gelegenheit geben, tatsächlich demokratische Verhältnisse in diesem Lande herzustellen, was bislang nämlich - allen vollmundigen Sprechern und Vertretern der heutigen „demokratischen“ Parteien zum Trotz - realiter nicht der Fall ist.

Die politische Kultur in Deutschland steckt in einer schweren Krise, von der sämtliche staatlichen und gesellschaftlichen Bereiche und Belange betroffen sind. Die Ämterpatronage, die herrschende Deckungsgleichheit von Parteispitzen und Regierungsämtern, der herrschende – *grundgesetzwidrige!* – Fraktionszwang und die zunehmende Vergabe aller lukrativen und attraktiven Führungsämter an Mitglieder des öffentlichen Dienstes, sowie die Kette von Skandalen – quer durch alle Parteien –, die mittlerweile alle politischen Parteien ihre Glaubwürdigkeit gekostet hat, sind nicht länger hinnehmbar. Der Parteien- und Bürokratenfilz hat die öffentlichen Mittel zunehmend als „privates Beutegut“ des Staates angesehen, und die

Selbstbedienungsmentalität der öffentlichen Hand auf allen Ebenen schlägt sich in den Gehältern und Versorgungsbezügen der Funktionsträger auf allen Ebenen des Staatswesens nieder. Diese Selbstbereicherung ist als *öffentlich-rechtliche Korruption* zu decouvrieren. Sie muß abgeschafft und die dafür Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Selbst nur kurzfristig in öffentlichen Ämtern sitzende Funktionäre beziehen heute Pensionen und Übergangsbezüge, die in keinem Verhältnis zu ihrer Leistung stehen und im Vergleich zu einer lebenslangen Arbeitsleistung des Normalbürgers nur noch als unverschämt zu bezeichnen sind. Die Kaste der Berufspolitiker, die niemals einen ordentlichen Beruf ausgeübt und sich nie selbst-verantwortlich ernährt haben, ist von Jahr zu Jahr geradezu epidemisch gewachsen und hat eine breite Spur der Verschwendung volkswirtschaftlichen Vermögens hinterlassen, statt daß der Amtseid erfüllt und dem Gemeinwohl gedient worden wäre. Der gesellschaftliche Grundkonsens ist bereits heute in höchstem Maße gefährdet. Während sich jedoch große Unternehmen und Konzerne dieser Willkür bequem entziehen, ihrer Verantwortung entledigen können und sich in vielen Bereichen dieser nur allzu willigen Funktionsträger als Büttel bedienen, dörren die heutigen Zustände in der Bundesrepublik Deutschland den Mittelstand – die eigentlich tragende Leistungsgemeinschaft, die weit über 80 % aller Arbeitsplätze zur Verfügung stellt – immer mehr und in gefährlichem Maße aus. Diesem Verfall der politischen Kultur möchte die **PERSPEKTIVE** als *Stimme der politischen Mitte* entgegenwirken, indem sie – dem Artikel 146 des Grundgesetzes entsprechend – für die Schaffung einer wirklich vom Volk getragenen Verfassung für das 1989 wiedervereinigte Deutschland eintritt und den Boden dafür zu bereiten sucht, diese Bundesrepublik wieder zu einem international konkurrenzfähigen Teil Europas und der Welt zu gestalten.

Hatten es die BürgerInnen der alten Bundesländer über 50 Jahre scheinbar nicht nötig, sich ihrer demokratischen politischen Verantwortung bewußt zu werden, so hatten die BürgerInnen der neuen Bundesländer während der gleichen Zeit dazu keine Gelegenheit. Beiden Teilen unserer Bevölkerung ist inzwischen ein tiefes Mißtrauen und eine ständig steigende Politikverdrossenheit gemeinsam, die zwar für die jeweils herrschenden Funktionsträger momentan noch ganz angenehm, bei näherer Betrachtung jedoch bereits in allernächster Zukunft höchst gefährlich werden wird.

Der höchst korruptive Zustand der Unkontrollierbarkeit, in dem sich heute noch Ämter und Behörden, Parteien und deren Institutionen, Funktions- und Entscheidungsträger auf allen Ebenen der staatlichen Hierarchie aalen und sicher wähen, muß konsequent und unverzüglich geändert werden.

Die Bundesrepublik Deutschland muß – um als modernes Staatswesen für die Zukunft vorbereitet zu sein – wie ein Unternehmen geführt werden, d.h. transparent, kontrollierbar, flexibel, effizient und unter fairen Konkurrenzverhältnissen. Der *öffentliche Dienst* muß endlich lernen, sich als *Dienstleister* zu verstehen - was er bislang nicht nötig zu haben glaubt.

Die Berufung in öffentliche Ämter darf künftig nicht mehr von der Zugehörigkeit zu einer Partei und dem erfolgreichen Klüngeln in öffentlich-rechtlichen Institutionen abhängen. Vielmehr muß die Qualifikation den Ausschlag dafür geben, wer welchen Verantwortungsbereich übernimmt. Parteistrategien, kleinkariertes Denken, arrogante Selbstgefälligkeit, träger Erledigungsgewohnheit und verantwortungsloser Egoismus müssen einem globalen Denken, einer demokratischen Grundhaltung und einem Mindestmaß an philosophischer Größe weichen, ohne den keine Sozialgemeinschaft fürderhin existieren und in Verantwortung für ihre Mitglieder wirken kann.

Die *Interglobalität*, in der sich speziell ein rohstoffarmes Land wie die Bundesrepublik Deutschland längst sieht, fordert ein *Neues Denken*. Dies schließt soziale und wirtschaftliche Belange ebenso ein wie Umwelt und Natur, Verkehrswesen und Kommunikationstechnologie, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, die Justiz, das Schul- und Erziehungswesen, das Transportwesen und das Wirtschafts- und Finanzwesen sowie die Entwicklungshilfe.

Ethik und Moral dürfen keine Worthülsen oder Feiertagsbeschäftigungen in gemeinnützigen Organisationen sein. *Eigensinn* muß *Gemeinsinn* weichen. Die BürgerInnen müssen – soll ihre Zukunft nicht bereits Vergangenheit sein – zu einer demokratischen Mitbestimmung eingeladen und dazu wieder hingeführt werden, statt in Fremdbestimmung zu leben, bis zur Grenze des Erträglichen geschröpft und bis zu ihrer Leistungsgrenze (und -bereitschaft) ausgeplündert zu werden. Wer von *sozialer Marktwirtschaft* spricht, muß an diesen Worten auch gemessen werden und – entsprechende Transparenz seines Tuns und Handelns vorausgesetzt – zu messen sein.

Vergangenheitsorientierte Flickschusterei muß strategisch erarbeiteten Zielen, einer auf die Bedürfnisse der Zukunft ausgerichteten Orientierung und verantwortungsvoller Voraussicht weichen. Zu *Agieren* ist allemal besser als - oftmals zu spät - zu *Reagieren*. Nur durch flexible und notwendige Lösungen auch schnell und effizient umsetzende Strukturen - auch im öffentlich-rechtlichen Bereich - können wir den Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte wirkungsvoll begegnen, während ein störrisches Klammern an gestrige Denk- und Handlungsmuster den Zerfall unseres (ohnehin längst nicht mehr) demokratischen Staatswesens rasch fortschreiten läßt. Die heutigen Parteien (und Gewerkschaften) betreiben seit Jahrzehnten eine von Paragraphen, Richtlinien, Vorschriften und Gesetzen zugeschüttete *Blockadepolitik*, die dem Einzelnen - vor allem den heute wirklich noch Leistungswilligen - kaum noch kreative Freiräume gestattet und einer zunehmenden Zahl von BürgerInnen jegliche Lust vergällt, sich überhaupt noch (eigen)verantwortlich für das Gemeinwesen und -wohl einzubringen. Nur eine

von Beweglichkeit, Mobilität, Aufgeschlossenheit, Vorurteilsfreiheit und entsprechenden Mitwirkungsmöglichkeiten getragene Gesellschaft wird in den künftigen globalen Auseinandersetzungen langfristig überleben.

Verantwortung muß von allen dafür Geeigneten übernommen werden, statt daß diese abgeschoben wird. Voraussetzung dafür ist jedoch ein positives Selbstverständnis und ein von Vertrauen getragenes Selbstbewußtsein. Das heutige Mißtrauen und der ständig wachsende Sozialneid werfen ein bezeichnendes Licht auf die eigennützige Vorgehensweise der Parteien und der politisch Verantwortlichen in unserem Lande. Verantwortungslosigkeit des Einzelnen führt zu einer Lähmung der gesamten Gemeinschaft. Die Gleichgültigkeit und das Desinteresse des Einzelnen für die Belange der Gesellschaft kennzeichnen die immer breiter werdende Kluft zwischen den Besitzenden und der zunehmenden Schicht besitzloser und in Richtung Armutsgrenze driftender Teile unserer Bevölkerung.

Wir brauchen kraftvolle *Visionäre* statt engstirniger *Technokraten*, um den in eine arge Schieflage geratenen gesellschaftlichen Konsens wieder in eine gesunde Balance zu führen. Gerade die Inhaber öffentlicher Ämter sollten die Kraft und Kreativität zu Visionen haben, statt durch verantwortungslose Selbstbereicherung die Sozialgemeinschaft immer kälter und die Randgruppen immer größer werden zu lassen. Aufgeblähte Strukturen und hierarchische Moloche müssen flachen Strukturen und einer handlungsfähigen, „schlanken“ öffentlichen Hand weichen. Pöstchenschieberei und -kungelei ist nur in einem System möglich, in dem den betreffenden Vorteilsnehmern der Blick für ihre eigentlichen Aufgaben und das Bewußtsein um ihre Verantwortung verlorengegangen ist. Die heute in Deutschland herrschende politische Unkultur ist ehestmöglich aufzuweichen, ihre verhängnisvollen Auswirkungen der breiten Bevölkerung offenzulegen. Wir benötigen wirkliche Reformen, statt daß – in bisher geübter Weise – die Probleme in „Hütchenspieler“-Manier und durch kameralistische Taschenspielertricks verlagert werden. Wissenschaft und Forschung, Familien- und Sozialpolitik, Kreativität und Leistungsbereitschaft müssen endlich der Fesseln entledigt werden, unter denen sie in stetigem Maße steigend leiden.

Wir brauchen motivierte Bürger, nicht desinteressiertes Stimmvieh. Der Staat muß sich als verantwortungsbewußter Vertreter seiner Bürger verstehen, statt daß er den Bürger zu beherrschen und seinem Eigensinn zu unterwerfen trachtet. Eben deshalb verlangt die **PERSPEKTIVE**, daß der Bürger in zentralen Fragen auch während der Legislaturperioden mitentscheiden kann.

Wir brauchen *Experten als Berater der Entscheidungsträger*, und Gesetze müssen vor ihrem Inkrafttreten auf ihre Konformität mit dem Grundgesetz überprüft werden, statt daß – wie immer häufiger der Fall – Gesetze im Nachhinein wieder korrigiert oder sogar wieder abgeschafft werden müssen, weil sie mit dem Grundgesetz nicht konform gehen. Aus *Staatsbeherrschern* müssen wieder *Staatsdiener* werden. Wir müssen dafür sorgen, daß die Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine positive Grundhaltung aller Bürger zu einem System erlauben, das der Mehrheit die Möglichkeit zur Teilnahme an politischen Entscheidungen bietet, statt sie davon tunlichst fernzuhalten.

Es muß Schluß sein damit, daß – am Bürger und oftmals sogar an den Gesetzen vorbei – staatliche Organe und die hinter ihnen stehenden Parteien Geheimniskrämerei betreiben, Informationen vertuschen, Untersuchungen unter Verschuß gehalten und sogar bewußt „öffentlich-rechtlich“ gelogen wird. Das Tun und Handeln öffentlich-rechtlicher Funktionsträger muß für jeden Bürger transparent und nachvollziehbar werden. Wer Tatsachen verschweigt (und deren „Öffentlichkeit“ unterdrückt), die ausschließlich zur Wahrung von Partikularinteressen dienen, hat als öffentlich-rechtlicher Funktionsträger in diesem Staat nichts

zu suchen, selbst wenn er sich durch dieses Vorgehen die Zufriedenheit und das Wohlwollen von Lobbyisten erkaufte. Mit der grassierenden politischen „Roßtäuscherei“ muß endlich Schluß sein. Es kann nicht Aufgabe der betroffenen Bürger sein, sich gegen selbstherrliche Willkürakte der Legislative und politischer Berufsbeamter in langwierigen Prozessen zur Wehr zu setzen, die bis zu zehn Jahre dauern können und erst per Bundesverfassungsgericht als nicht gerechtfertigt (mitunter sogar Grundgesetzwidrig) entlarvt werden.

Öffentlich-rechtliche Funktionsträger müssen wissen, daß sie bezüglich der Ausgaben ihnen anvertrauter Steuergelder Rechenschaft abzulegen haben. Die Verantwortungslosigkeit, mit der Ministerien, Behörden und öffentliche Ämter heutzutage Milliarden verschwenden, ist nicht länger hinnehmbar.

Öffentlich-rechtliche Funktionsträger müssen für ihre Versprechungen ebenso geradestehen wie für ihre Versäumnisse. Vormalig gepflegte „Amigo“-Schiebereien müssen offengelegt und juristisch ahndbar werden. Schluß muß sein mit der Verschiebung gescheiterter Alt-Politiker auf lukrative Vorstands- oder Aufsichtsratsposten in staatlichen Institutionen oder in internationale Behörden. Eine dem Gemeinwohl dienende und sich als demokratisch verstehende soziale Haltung jedes einzelnen Bürgers ist nicht nur eine Frage der Erziehung in Familie und Schule, vielmehr lebt sie vor allem von den Vorbildern im Staatswesen. Erst dadurch wird ein demokratisches Bewußtsein, Vertrauen in die öffentlichen Funktionsträger und eine kreativ-förderliche Einstellung zur eigenen Leistungsbereitschaft entwickelt.

Die BürgerInnen der Bundesrepublik Deutschland müssen - unabdingbare Voraussetzung für die nächsten Jahrzehnte - sukzessive wieder das Bewußtsein gewinnen dürfen, daß sie Teil eines demokratischen Gemeinwesens sind. Erst dann kann der nächste Schritt - ein vereintes Europa, ein internationales, interkulturelles, interrassisches und intersoziales Verständnis über die Grenzen Deutschlands und Europas hinaus - entwickelt werden. Dafür sind wir alle verantwortlich. Dieser Verantwortung - vor allem gegenüber unseren Kindern und Enkeln - können und dürfen wir uns nicht länger entziehen.

Wir müssen *heute* die Gleise für eine neues Denken legen, um diese *morgen* nutzen und unser Aller Zukunft freud- und kraftvoll, klug und konkurrenzfähig, sozial verantwortlich und selbstbewußt begegnen zu können.

Demokratie ist ein schützenswertes Gut, das jedoch verantwortungsbewußt erarbeitet und sorgsam gepflegt werden muß, um es dann - ob als mündiges Individuum oder als humanistisch-soziale Gemeinschaft - genießen und sinnvoll nutzen zu können.

In diesem Sinne rufen wir alle BürgerInnen auf, die Basis für einen tatsächlichen Wandel und eine strukturelle Reform unseres gesamten Staatswesens in all' seinen Aspekten zu legen, sich für deren Verwirklichung einzusetzen und damit als selbstbewußter, eigenverantwortlicher und demokratischer Teil dieses gesamten Sozialwesens zu wirken.

In vielen Bereichen könnten mutige und kreative Ideen zu einer nachhaltigen Verbesserung der Lebensqualität und zu einer gleichzeitigen Schonung der Umwelt genutzt werden.

*Pars pro toto* seien folgende Ideen genannt:

- Verlegung des gesamten Schienenverkehrs unter die Erde.
- Auch der Straßenverkehr sollte in weit höherem Maße als bisher abgebaut werden, vielmehr wäre auch die Entsorgung der Luft technisch wesentlich einfacher, und die

Wiederansiedelung zunehmend verdrängter Fauna und Flora würde uns allen eine bedeutend höhere Lebensqualität zurückgeben.

- Hochhäuser in Städten könnten durch „Seufzerbrücken“ miteinander verbunden werden, was sowohl aus logistischen Gründen sehr vernünftig wäre als auch zu einer Entlastung der Straßen führte.
- Die Verwendung von Wasserstoff für Flugzeuge und Schiffe (statt Kerosin und anderer Antriebsmittel).
- Eine Verbesserung der Kommunikabilität der Menschen untereinander durch eine forcierte Forschung im Bereich der Psychologie und eine von humanistischer Philosophie geprägte Erziehung, Arbeits- und Berufswelt würde fraglos zu einem rapiden Abbau psychosomatischer Störungen (und damit verbundener Arbeitsausfälle, ersparter Krankheitskosten u.v.m.) führen.

Die **PERSPEKTIVE** sieht ihre Aufgabe als politische Bewegung nicht nur darin, ökonomischen Maßstäben zu folgen und den materiellen Wohlstand der BürgerInnen dieses Landes zu mehren. Aufgabe eines politischen Vereins muß (und kann) sehr wohl auch sein, den Menschen dabei zu helfen, nicht nur mit ihren Nachbarvölkern in Frieden zu leben, vielmehr sollte fester Bestandteil menschlich orientierter Politik auch sein, dem Einzelnen dabei zu helfen, mit sich selbst besser zu Rande zu kommen, mit sich und seiner Umwelt friedlicher und harmonischer umzugehen.

#### **PERSPEKTIVE e.V. ohne Grenzen**

- Der Vorstand –

Seite 25	„Amigo“	Seite 14	Architekt
Seite 13	„Blätter im Wind“	Seite 24	Armutsgrenze
Seite 24	„Hütchenspieler“	Seite 23	Arroganz
Seite 24	„Roßtäuscherei“	Seite 16, 17	Artenschutz
Seite 8, 24	„schlanker“ Staat	Seite 18	Asyl
Seite 24	„Stimmvieh“	Seite 18	Asylantrag
Seite 20	„Unsere Welt“	Seite 6	Asylbewerber
Seite 25	„Verschiebebahnhof“	Seite 18	Asylpolitik
Seite 6, 19	Abgeordneter	Seite 6	Asylrecht
Seite 5	Ablehnung	Seite 17	Atomenergie
Seite 17	Absatz	Seite 23	Aufgeschlossenheit
Seite 15	Absicherungspflicht	Seite 17	Aufklärung
Seite 6, 7, 20	Achtung	Seite 20	Auflagen
Seite 18	Agrarbetrieb	Seite 14	Aufsicht
Seite 11	Aktienfonds	Seite 19	Aufsichtsrat
Seite 1, 2	Aktivität	Seite 25	Aufsichtsratsposten
Seite 21	Alibiveranstaltung	Seite 20	Aus- und Umbauvorschriften
Seite 12, 18	Allgemeingut	Seite 20	Ausbau
Seite 25	Alt-Politiker	Seite 14, 20	Ausbeutung
Seite 12	Alte	Seite 4, 7	Ausbildung
Seite 17	Altenheim	Seite 23	Auseinandersetzung
Seite 10, 15	Alter	Seite 8	Ausgleich
Seite 1, 2, 5, 7	Alternative	Seite 11	Ausgleichseffekt
Seite 15	Altersversorgung	Seite 17	Ausland
Seite 11	Altlasten	Seite 19	Ausländer
Seite 19, 23	Ämter	Seite 18	Ausweisung
Seite 22	Ämterpatronage	Seite 16	Auswirkungen
Seite 22	Ämtervergabe	Seite 8	Bafög
Seite 11	Amtsanklage	Seite 24	Balance
Seite 22	Amtseid	Seite 5	Basis
Seite 13	Analphabetismus	Seite 20	Baugesuch
Seite 7	Angestellte	Seite 20	Bauherr
Seite 7	Arbeiter	Seite 18, 20	Bauland
Seite 10	Arbeitgeber	Seite 20	Baulandzuweisung
Seite 10, 18	Arbeitnehmer	Seite 20	Baupreis
Seite 25	Arbeitsausfall	Seite 19	Bausparkassen
Seite 1, 20	Arbeitskraft	Seite 20	Bauträger
Seite 8, 15	Arbeitslose	Seite 20	Bauwesen
Seite 15	Arbeitslosenversicherung	Seite 7, 16	Beamte
Seite 22	Arbeitsplatz	Seite 5, 13, 23	Bedürfnis
Seite 14	Arbeitsprozeß	Seite 12	Bedürftige
Seite 14	Arbeitsverhältnis	Seite 8	Bedürftigkeit
Seite 20, 25	Arbeitswelt	Seite 3	Befürworter
Seite 18, 19	Arbeitszeit	Seite 17	Behindertenwerkstatt

Seite 23, 24, 25  
Seite 19  
Seite 14, 15, 24  
Seite 4, 7  
Seite 14  
Seite 8  
Seite 9  
Seite 14  
Seite 5  
Seite 15  
Seite 7  
Seite 6, 22  
Seite 10, 15  
Seite 7  
Seite 25  
Seite 23  
Seite 7  
Seite 8  
Seite 8  
Seite 16  
Seite 16  
Seite 7  
Seite 15  
Seite 22  
Seite 20, 23  
Seite 2  
Seite 23  
Seite 17, 24, 25  
Seite 17  
Seite 7, 9, 12  
Seite 8, 12  
Seite 13, 17  
Seite 23  
Seite 6  
Seite 9, 19  
Seite 9  
Seite 19, 23  
Seite 19  
Seite 11  
Seite 12, 17, 19  
Seite 1  
Seite 9, 19  
Seite 19  
Seite 1

Behörde  
Beirat  
Berater  
Beruf  
Berufs- und Arbeitswelt  
Berufs-Beamtentum  
Berufsarmee  
Berufsausübung  
Berufsgruppe  
Berufshaftpflichtversicherung  
Berufsleben  
Berufspolitiker  
Berufsunfähigkeit  
Berufswahl  
Berufswelt  
Berufung  
Besitzstreben  
Besitztum  
Besserverdienender  
Bestechung / Bestechlichkeit  
Bestechungsgeld  
Besteuerung  
Betrug  
Beutegut  
Bevölkerung  
Beweggrund  
Beweglichkeit  
Bewußtsein  
Bewußtseinswandel  
Bildung  
Bildungswesen  
Biologie  
Blockadepolitik  
Bodenreform  
Bund  
Bundesebene  
Bundesland  
Bundespräsident  
Bundesrechnungshof  
Bundesrepublik  
Bundestag  
Bundestagsabgeordneter  
Bundesverfassungsrichter  
Bundeswahlleiter

Seite 9  
Seite 16  
Seite 11, 22  
Seite 4, 5  
Seite 7  
Seite 10  
Seite 18  
Seite 3  
Seite 16  
Seite 16  
Seite 16  
Seite 14  
Seite 12, 19, 22, 23,25  
Seite 25  
Seite 25  
Seite 23  
Seite 8  
Seite 23  
Seite 24  
Seite 19  
Seite 4  
Seite 20  
Seite 23  
Seite 11  
Seite 12  
Seite 4  
Seite 6  
Seite 19  
Seite 5  
Seite 11  
Seite 6, 20  
Seite 20  
Seite 16  
Seite 16  
Seite 16  
Seite 8  
Seite 15  
Seite 20, 22  
Seite 10  
Seite 17  
Seite 23  
Seite 19  
Seite 10  
Seite 8

Bürokratie  
Buße  
Büttel  
Chance  
Chancengleichheit  
Charakter  
Chefarzt  
Credo  
Datenbank  
Datenschutz  
Datenschutzgesetz  
Dehumanisierung  
Demokratie  
demokratisches Bewußtsein  
demokratisches Gemeinwesen  
demokratisches Staatswesen  
Denkansatz  
Denkmuster  
Desinteresse  
Devisenverkehr  
Dialektik  
Dickicht  
Dienstleister  
Dienstleistung  
Dienstleistungsunternehmen  
Dilemma  
Direktmandat  
Direktwahl  
Diskussion  
Distribution  
Dominanz  
Dritte Welt  
Drogengeld  
Drogenhandel  
Duldung  
Durchführungsbestimmung  
Durchschnitts-Rentenniveau  
Epidemie  
Erbschaft  
Erde  
Erledigungsgehorsam  
Ernennung  
Errungenschaft  
Erwerbslose

Seite 22	Bürokratenfilz	Seite 10, 15	Erwerbsunfähigkeit
Seite 19	Ecu	Seite 6	Euro
Seite 20, 23	Effizienz	Seite 24	Experten
Seite 17, 20, 23	Egoismus	Seite 15	Fachkompetenz
Seite 15	Ehepartner	Seite 4, 7	Fähigkeit
Seite 19	ehrenamtliche Tätigkeiten	Seite 23	Fairneß
Seite 14	Ehrlichkeit	Seite 2, 7, 9, 12, 14, 15, 17, 25	Familie
Seite 20	Eigenheimquote	Seite 12	Familienministerium
Seite 1	Eigeninteresse	Seite 12	Familienpolitik
Seite 23, 24	Eigensinn	Seite 24	Familienpolitik
Seite 6	Eigentumsordnung	Seite 16, 17, 25	Fauna
Seite 10, 25	Eigenverantwortlichkeit	Seite 20	Fehlbelegung
Seite 8, 10	Eigenverantwortung	Seite 23	Feiertagsbeschäftigung
Seite 7	Eignung	Seite 19	Fernstraße
Seite 17	Einklang	Seite 4	Fertigkeit
Seite 14	Einkommen	Seite 14	Finanzberater
Seite 12	Einnahmen	Seite 3	Finanzpolitik
Seite 3, 17	Einsicht	Seite 23	Finanzwesen
Seite 19	Einsparung	Seite 10, 19	Firma
Seite 11	Eintreibung	Seite 23	Flexibilität
Seite 18	Einwanderer	Seite 23	Flickschusterei
Seite 18	Einwanderungsland	Seite 16, 17, 25	Flora
Seite 20	Elend	Seite 12	föderales System
Seite 21	Elendsgebiet	Seite 7, 22	Forderung
Seite 12	Eltern	Seite 17	Förderungswürdigkeit
Seite 17	Elternhaus	Seite 9, 12, 17, 24	Forschung
Seite 17	Energie	Seite 17, 26	Fortschritt
Seite 21	Energieaufwand	Seite 17	fossile Brennstoffe
Seite 17	Energiepolitik	Seite 22	Fraktionszwang
Seite 25	Enkel	Seite 16	Frauen
Seite 13	Entführung	Seite 3, 8	Freiberufler
Seite 9	Entlohnung	Seite 3, 6, 7, 15	Freiheit
Seite 14	Entmündigung	Seite 15	freiheitliche Demokratie
Seite 24	Entscheidung	Seite 15	freiheitliche Rechte
Seite 23, 24	Entscheidungsträger	Seite 23	Freiraum
Seite 25	Entsorgung	Seite 15	freiwillige Rentenversicherung
Seite 3	Enttäuschung	Seite 23	Fremdbestimmung
Seite 9, 20, 23	Entwicklungshilfe	Seite 13	Fremdsprache
Seite 21	Entwicklungshilfeorganisation	Seite 3, 21, 26	Frieden
Seite 20	Entwicklungshilfepolitik	Seite 6	Friedensvertrag
Seite 20	Entwicklungspolitik	Seite 22	Führung
Seite 14	Erzieher	Seite 22	Funktionär
Seite 7, 14, 17, 25	Erziehung	Seite 22, 23, 25	Funktionsträger
Seite 8, 12, 23	Erziehungswesen	Seite 17, 24	Gesellschaft

Seite 13, 23	Ethik	Seite 14	Gesellschaftsleben
Seite 6, 16, 18, 19	EU	Seite 8, 20, 23, 24	Gesetz
Seite 9	EU-Ebene	Seite 20	Gesetzesdschungel
Seite 4	Gedanke	Seite 7, 14	Gleichberechtigung
Seite 15	Gefängnis	Seite 24	Gleichgültigkeit
Seite 5	Gegenvorschlag	Seite 4	Gleichmacherei
Seite 22	Gehalt	Seite 7	Gleichstellung
Seite 19	Geheimnis	Seite 3	Gliederung
Seite 24	Geheimniskrämerei	Seite 21	globale Verantwortung
Seite 11	gehobene Güter	Seite 23	globales Denken
Seite 7	geistige Fähigkeit	Seite 11, 18	Globalisierung
Seite 10	Geldanlage	Seite 4	Globus
Seite 19	Geldgier	Seite 15	GmbH-Gesetz
Seite 9, 19	Gemeinde	Seite 9	Grenze
Seite 1	Gemeinderat	Seite 10	Großbetriebe
Seite 10, 23	gemeinnützige Organisation	Seite 20	Großstadt
Seite 3, 24	Gemeinschaft	Seite 6, 12, 22	Grundgesetz
Seite 7, 23	Gemeinsinn	Seite 22	Grundkonsens
Seite 23	Gemeinwesen	Seite 2, 3	Grundsatzprogramm
Seite 22, 23, 25	Gemeinwohl	Seite 13	Grundschule
Seite 17	Generation	Seite 20	Grundstückspreis
Seite 12	Genetik	Seite 2	Gründung
Seite 16	genetischer Fingerabdruck	Seite 18	Gutachtertätigkeit
Seite 3	genuin	Seite 16	Häftling
Seite 13	Geographie	Seite 11	Handel
Seite 8	Gerechtigkeit	Seite 3	handeln
Seite 16	Gerichtspsychologie	Seite 24	Handlungsfähigkeit
Seite 3	Gesamtkonzept	Seite 23	Handlungsmuster
Seite 3	Gesamtüberblick	Seite 17, 26	Harmonie
Seite 13, 20	Geschichte	Seite 13	Hauptschule
Seite 4, 7	Geschlecht	Seite 7	Hautfarbe
Seite 17	Gesetzgebung	Seite 18	Heimatland
Seite 19	gesetzliche Krankenversicherung	Seite 5, 23	Herausforderung
Seite 7, 13	Gesundheit	Seite 3, 5, 7	Herkunft
Seite 13	Gesundheitslehre	Seite 23, 24	Hierarchie
Seite 15	Gesundheitsvorsorge	Seite 12	Hilfsbedürftige
Seite 16	Gewährung	Seite 17	Hochachtung
Seite 13, 16	Gewalt	Seite 2	Hoffnung
Seite 11	Gewerbe	Seite 12	hoheitlich
Seite 3, ,8	Gewerbetreibender	Seite 9, 12	hoheitliche Aufgabe
Seite 20	gewerbliche Immobilie	Seite 12	hoheitliche Verantwortlichkeit
Seite 10, 14, 19, 23	Gewerkschaft	Seite 6	Hoheitsrecht
Seite 8, 11	Gewinn	Seite 3	holistisch
Seite 20	Gewinnmarge	Seite 16	humaner Strafvollzug

Seite 20	Gewinnstreben	Seite 13, 25	Humanismus
Seite 13	Gewissen	Seite 7	humanistische Tradition
Seite 17	Giftstoffe	Seite 6	humanistisches Ideal
Seite 22	Glaubwürdigkeit	Seite 15	humanistisches Staatswesen
Seite 4, 7	Gleichbehandlung	Seite 20	Hunger
Seite 21	Hungergebiet	Seite 8	Kindergeld
Seite 10	Hypotheken	Seite 17	Kinderheim
Seite 4	Idee	Seite 13	Kinderhort
Seite 18	Immigration	Seite 12, 13	Kinderschutz
Seite 20	Immobilienbesitz	Seite 20	Kindersterblichkeit
Seite 18	Inanspruchnahme	Seite 13	Kindertagesstätte
Seite 4, 5	Individualität	Seite 11	Kirche
Seite 15	Individualrecht	Seite 14	Klassenstärke
Seite 3, 7, 25	Individuum	Seite 23	Kleinkariertheit
Seite 17	Industrie	Seite 12	Klientel
Seite 17	Industriepolitik	Seite 19	Klinikchef
Seite 10	Inflation	Seite 23	Klüngel
Seite 24	Information	Seite 18	Kohlewirtschaft
Seite 19	Inländer	Seite 18, 20	Kolonialismus
Seite 7, 19, 23	Institution	Seite 16	Kosmetika
Seite 18	Integration	Seite 19	Kostenerstattungsprinzip
Seite 3	Interesse	Seite 12	Kostenrechnung
Seite 19	Interessenskonflikt	Seite 12	Kranke
Seite 14	Interessensvereinigung	Seite 19	Krankenhaus
Seite 11	Interessenwalter	Seite 19	Krankenkassenwahl
Seite 23	Interglobalität	Seite 15	Krankenversicherung
Seite 25	Interkulturalität	Seite 10, 15	Krankheit
Seite 9	internationale Koordination	Seite 25	Krankheitskosten
Seite 25	Intersozialität	Seite 2, 7, 18, 23, 24, 25	Kreativität
Seite 15	Invalidität	Seite 13	Kreatur
Seite 15	Irreführung	Seite 16	Kriegswaffenkontrollgesetz
Seite 10	Judikative	Seite 16	Kriminalität
Seite 13	Jugend-Berater	Seite 22	Krise
Seite 13	Jugend-Freizeitheim	Seite 20	Kultur
Seite 13	Jugend-Obmann/-frau	Seite 13	Kulturgeschichte
Seite 13	Jugend-Vollzugsanstalt	Seite 17	Kulturleben
Seite 12, 16	Jugendliche	Seite 18	Kulturveranstaltung
Seite 14	Jugendfreizeitheim	Seite 24	Kungelei
Seite 12, 13	Jugendschutz	Seite 16	Laborversuche
Seite 11	juristische Person	Seite 14	Ladenöffnungszeit
Seite 8, 23	Justiz	Seite 24	Lähmung
Seite 12	Justizpolitik	Seite 4, 9, 19	Länder
Seite 14	Justizvollzugsanstalt	Seite 9, 12	Länderebene
Seite 24	Kameralistik	Seite 19	Landesverfassungsrichter

Seite 12	kameralistische Buchführung	Seite 18	Landfonds
Seite 16	Kapital	Seite 1	Landtag
Seite 13	Kapitalverbrechen	Seite 18	Landwirt
Seite 22	Kaste	Seite 17, 18	Landwirtschaft
Seite 19	Kfz.-Steuer	Seite 15	Lebensarbeitszeit
Seite 8, 12, 16, 25	Kind	Seite 20	Lebensbedingung
Seite 13	Kindergarten	Seite 1	Lebenserfahrung
Seite 15	Lebensfährnisse	Seite 7	Menschenwürde
Seite 5	Lebensführung	Seite 4	Menschheit
Seite 16	Lebensgrundlage	Seite 26	Menschlichkeit
Seite 16	lebenslänglich	Seite 20	Mietergesetzgebung
Seite 3, 25	Lebensqualität	Seite 18, 19, 24	Milliarden
Seite 4	Lebensweise	Seite 15	Mindestabsicherung
Seite 17	Lebewesen	Seite 9	Minister
Seite 6	Legislative	Seite 24	Ministerien
Seite 9, 24	Legislaturperiode	Seite 8	Mißbrauch
Seite 14	Lehrberuf	Seite 23	Mißtrauen
Seite 10	Lehrbetrieb	Seite 23	Mitbestimmung
Seite 7, 12, 17	Lehre	Seite 3	Mitgefühl
Seite 14	Lehrer	Seite 11	Mitgliedsbeiträge
Seite 18	Leibrente	Seite 7, 17	Mitmensch
Seite 22	Leistung	Seite 22	Mitsprachemöglichkeit
Seite 7, 9, 14, 24, 25	Leistungsbereitschaft	Seite 22	Mitspracherecht
Seite 7, 11	Leistungsfähigkeit	Seite 5	Mittelpunkt
Seite 22	Leistungsgemeinschaft	Seite 3	mittelständischer Unternehmer
Seite 23	Leistungsgrenze	Seite 23	Mitwirkungsmöglichkeit
Seite 6	Leistungskatalog	Seite 9	moderner Staat
Seite 23	Leistungswille	Seite 4	Möglichkeit
Seite 14	Lernbereitschaft	Seite 24	Moloch
Seite 13	Lernzentrum	Seite 11, 17	Monatsbudget
Seite 4	liberal	Seite 23	Moral
Seite 6, 11	Lobby	Seite 16	moralischer Verfall
Seite 24	Lobbyismus	Seite 24	Motivation
Seite 25	Logistik	Seite 11	Nachbarland
Seite 2, 5	Lösung	Seite 26	Nachbarn
Seite 2	Lösungsansatz	Seite 3	nachdenken
Seite 11	Luxusgüter	Seite 16	Nahrungsmittel
Seite 19	Machtgier	Seite 4	Nationalität
Seite 11	Markt	Seite 9	NATO
Seite 3, 8, 23	Marktwirtschaft	Seite 3, 7, 17, 23	Natur
Seite 18	Maschinenpark	Seite 20	Natur- und Bodenschätze
Seite 17	Massentierhaltung	Seite 17	natürliche Umwelt
Seite 26	Materialismus	Seite 16	Natürlichkeit
Seite 19	Maut	Seite 7	Naturschutz

Seite 16	Medien	Seite 12, 19	Nebeneinnahme
Seite 16	Medikamente	Seite 19	Nebenjob
Seite 14	Mediziner	Seite 18, 19	Nebentätigkeit
Seite 19	medizinische Einrichtung	Seite 23	Neues Denken
Seite 8	Mehr-Klassen-System	Seite 3	neues politisches Denken
Seite 19, 24	Mehrheit	Seite 18	Nichtanerkennung
Seite 18	Meldepflicht	Seite 8	nichtselbständige Tätigkeit
Seite 17	Mensch	Seite 22	Nihilismus
Seite 16	Menschenhandel	Seite 22	Normalbürger
Seite 10	Normalgüter	Seite 17	Pflegeheim
Seite 20	Not	Seite 15	Pflegekostenversicherung
Seite 6	Notprogramm	Seite 15	Pflichtbeitrag
Seite 3	Notwendigkeit	Seite 13	Pflichtfach
Seite 4	Notwendigkeit	Seite 19	Pharmakonzern
Seite 15	Obdachlose	Seite 5, 13, 23, 25	Philosophie
Seite 19	Oberlandesgericht	Seite 13	Physik
Seite 16	öffentlich Bediensteter	Seite 3	planen
Seite 12	öffentlich-rechtlich	Seite 17	Planet
Seite 12	öffentlich-rechtliche „Dienstleistung“	Seite 2, 19, 23	Politik
Seite 22	öffentlich-rechtliche Korruption	Seite 17	Politiker
Seite 24	öffentliche Ämter	Seite 23	Politikverdrossenheit
Seite 18, 22	öffentliche Mittel	Seite 2	politisch Mündiger
Seite 8, 22, 23	öffentlicher Dienst	Seite 2, 22, 24	politische Kultur
Seite 23	öffentliches Amt	Seite 1	politische Organisation
Seite 19	öffentliches Interesse	Seite 22	politische Partei
Seite 17	Ökologie	Seite 7, 19	politische Verantwortung
Seite 17	Ökonomie	Seite 6	politische Verfolgung
Seite 18	ökonomische Verhältnisse	Seite 19	politischer Auftrag
Seite 15	Opfer	Seite 2	politischer Mitläufer
Seite 13	Opferschutz	Seite 9	Polizei
Seite 17	Opportunismus	Seite 9	Polizeidienst
Seite 19	Opportunität	Seite 12	Post- und Bahnwesen
Seite 11	Option	Seite 24	Postenschieberei
Seite 3	Organisation	Seite 4, 20	Potential
Seite 1, 23	Orientierung	Seite 7	Präferenz
Seite 19	Pacht	Seite 12	Prägung
Seite 14	Pädagoge	Seite 13	Praxisnähe
Seite 13, 14	Pädagogik	Seite 15	Pressefreiheit
Seite 23	Paragrafen	Seite 4, 17	Priorität
Seite 19	Parallelwährung	Seite 15	privater Anbieter
Seite 9	Parlament	Seite 18	Privathonorar
Seite 19	Parlamentarier	Seite 19, 20	Privatisierung
Seite 6	Parlamentarismus	Seite 10	Privatkredit
Seite 19	Parlamentswahl	Seite 10	Privatperson

Seite 3, 6, 10, 23	Partei	Seite 19	Privatstraße
Seite 22	Parteienfilz	Seite 12	privatwirtschaftlich
Seite 22	Parteispitze	Seite 11	Privilegierung
Seite 23	Parteistrategie	Seite 11	Produktion
Seite 23	Parteizugehörigkeit	Seite 11	Produktionskosten
Seite 11, 17, 24	Partikularinteressen	Seite 8	Produktionsmittel
Seite 22	Pension	Seite 4	Programm
Seite 8	Pensionär	Seite 19	Proporz
Seite 19	Personenwahl	Seite 2	Protagonist
Seite 19	persönliche Interessenlage	Seite 21	Pseudo-Humanismus
Seite 14	Persönlichkeitsrecht	Seite 5, 12, 13, 25	Psychologie
Seite 25	psychosomatische Störungen	Seite 16	Risikoprämie
Seite 12	Psychotherapie	Seite 23	Rohstoffarmut
Seite 5	Quadratur	Seite 20	Säuglingssterblichkeit
Seite 6, 23	Qualifikation	Seite 16	sexueller Intimbereich
Seite 19	Qualifikationsprinzip	Seite 10	Schenkung
Seite 15	Rache	Seite 24	Schiefelage
Seite 24	Rahmenbedingungen	Seite 25	Schienenverkehr
Seite 24	Randgruppe	Seite 16	Schmuggel
Seite 3, 4, 7	Rasse	Seite 17	Schöpfung
Seite 18	Rationalisierung	Seite 4	Schulbildung
Seite 22, 24	Rechenschaft	Seite 7, 10, 12, 14, 17, 25	Schule
Seite 9, 22	Recht	Seite 8	Schüler
Seite 15	Recht auf öffentliche Meinung	Seite 14	Schulstreiß
Seite 14	Rechtsberater	Seite 13, 23	Schulwesen
Seite 16	Rechtsgut	Seite 6, 10, 15	Schutz
Seite 7	Rechtspolitik	Seite 16	Schutzbefohlene
Seite 18	Rechtssprinzip	Seite 14	Schutzfunktion
Seite 15	Rechtsstaat	Seite 12	Schwäche
Seite 10, 18, 24	Reform	Seite 16	Schwarzgeld
Seite 11	Reformansatz	Seite 14	seelische Bedürfnisse
Seite 10	Reformpolitik	Seite 13	Sekundarschule
Seite 22	Regierungsamt	Seite 22	Selbst-Entmündigung
Seite 14	Reglementierung	Seite 18	selbständige Lebensführung
Seite 11	Regreßmöglichkeit	Seite 18	Selbständiger
Seite 7, 8	Regulierung	Seite 8	Selbständigkeit
Seite 15	Rehabilitation	Seite 22	Selbstbedienungsmentalität
Seite 13	Reifezeugnis	Seite 22, 24	Selbstbereicherung
Seite 25	Rekultivierung	Seite 24	Selbstbewußtsein
Seite 3, 4	Religion	Seite 23	Selbstgefälligkeit
Seite 16	Religiösität	Seite 20	Selbsthilfe
Seite 17	Rendite	Seite 24	Selbstsicherheit
Seite 18	Rentabilität	Seite 15	Selbstverantwortung
Seite 11	Rentenfonds	Seite 24	Selbstverständnis

Seite 15	Rentenniveau	Seite 5	Selbstverwirklichung
Seite 15	Rentenversicherung	Seite 5	Selbstzweck
Seite 8	Rentner	Seite 20	Seuche
Seite 20	Reproduktionsrate	Seite 9, 10	Sicherheit
Seite 9	Ressort	Seite 9	Sicherheitsorgan
Seite 9	Ressortminister	Seite 23	Sicherheitspolitik
Seite 17	Reue	Seite 16	Sicherheitsverwahrung
Seite 4, 10	revolutionär	Seite 16	Sicherheitsvorkehrung
Seite 13	Rhetorik	Seite 8	Sinnelemente
Seite 19	Richter	Seite 22	Skandal
Seite 23	Richtlinien	Seite 8	Sonderstatus
Seite 4	Risiko	Seite 14	Sonntags-Berufsverbot
Seite 10	Risiko-Kapitalbeteiligung	Seite 17	Sozial-Sponsering
Seite 16	soziale Justiz	Seite 12	steuerfreie Bezüge
Seite 23	soziale Marktwirtschaft	Seite 24	Steuergelder
Seite 18	soziale Struktur	Seite 11	Steuerlast
Seite 10	soziale Vorsorge	Seite 8	Steuern
Seite 16	sozialer Arbeitseinsatz	Seite 8	Steuerquote
Seite 7, 13	sozialer Dienst	Seite 8	Steuersystem
Seite 12	sozialer Wohnungsbau	Seite 11	Steuervorteil
Seite 10	Sozialfürsorge	Seite 10	Steuerwesen
Seite 7, 8, 11, 14, 15, 23, 24	Sozialgemeinschaft	Seite 19	Stiftung
Seite 11	Sozialisierung	Seite 14	Stipendium
Seite 3	Sozialismus	Seite 15	Strafe
Seite 13	Sozialkunde	Seite 18	Straffälligkeit
Seite 24	Sozialneid	Seite 16	Strafgefangener
Seite 4, 7, 8, 10, 12, 23, 24	Sozialpolitik	Seite 15	Strafgesetzbuch
Seite 8, 15	Sozialversicherung	Seite 13, 16	Straftat
Seite 10	Sozialvorsorge	Seite 15	Strafvollzug
Seite , 820	Sozialwohnung	Seite 12, 19	Straßenbau
Seite 16	Soziologe	Seite 19	Straßennutzungsgebühr
Seite 13	Soziologie	Seite 25	Straßenverkehr
Seite 12	Sparsamkeit	Seite 3	Strategie
Seite 11	Spekulation	Seite 23	Struktur
Seite 10	Spende	Seite 25	Strukturreform
Seite 16	Spiritualität	Seite 8, 17	Student
Seite 18	Sportveranstaltung	Seite 13	Studienfach
Seite 11	Staat	Seite 14	Studienförderung
Seite 10, 15	staatliche Einrichtung	Seite 11	Subventionismus
Seite 23	staatliche Hierarchie	Seite 17	Subventionitis
Seite 9	staatliche Koordinierung	Seite 18	Subventionspolitik
Seite 11, 12, 24	staatliche Organe	Seite 18	Subventionsvergabe
Seite 17	staatliche Politik	Seite 20	Sympathie
Seite 12	Staatsbudget	Seite 3	Systematisierung

Seite 18	Staatsbürgerschaft	Seite 4	Szenerie
Seite 24	Staatsdiener	Seite 7	Talent
Seite 22	Staatsform	Seite 15	Täter
Seite 20	Staatsinteresse	Seite 13	Täterschutz
Seite 20	Staatsmonopol	Seite 16	Täterschutzgesetz
Seite 8	Staatsreform	Seite 19	Tauschhandel
Seite 3, 8, 13, 22, 23, 25	Staatswesen	Seite 9, 17, 18	Technik
Seite 9	Stabsstelle	Seite 24	Technokratie
Seite 1	Stadtrat	Seite 16	Therapie
Seite 18	Stahlwirtschaft	Seite 17	Tier-Transporte
Seite 17	Starrsinn	Seite 13, 16, 17	Tierschutz
Seite 10, 16	Steuer	Seite 11	Tochterfirma
Seite 10, 11	Steuer- und Wirtschaftskonzept	Seite 7	Toleranz
Seite 14	Steuerberater	Seite 11	Tourismus
Seite 17	Steuerentlastung	Seite 20	Trabantenstadt
Seite 14, 23, 24	Transparenz	Seite 7	Vergesellschaftung
Seite 25	Transport	Seite 13	Verhaltenspsychologie
Seite 12, 23	Transportwesen	Seite 5	Verhältnis
Seite 16	Trauma	Seite 2, 14	Verkäufer
Seite 14	Treueverhältnis	Seite 25	Verkehr
Seite 16	Trieb	Seite 3	Verkehrspolitik
Seite 22	Überblick	Seite 23	Verkehrswesen
Seite 22	Übergangsbezüge	Seite 8, 11	Verlust
Seite 20	Überheblichkeit	Seite 14	Vermögensberater
Seite 17	Überlegenheit	Seite 15	Veröffentlichung
Seite 21	Umfeld	Seite 10	Verordnung
Seite 17	Umsatz	Seite 19	Verquickung
Seite 3, 7, 17, 23, 25	Umwelt	Seite 22	Verschwendung
Seite 7, 17	Umweltschutz	Seite 11	Verschwendung öffentlicher Gelder
Seite 20	Umwidmung	Seite 19	Versicherungsvertreter
Seite 9	Ungerechtigkeit	Seite 12	Versorgung
Seite 14, 18	Universität	Seite 22	Versorgungsbezüge
Seite 13	Universitätsstudium	Seite 24	Versprechen
Seite 23	Unkontrollierbarkeit	Seite 3	Verständnis
Seite 13	Unkraut	Seite 5	Versuch
Seite 20	Unmenschlichkeit	Seite 9	Verteidigung
Seite 9	UNO	Seite 23	Verteidigungspolitik
Seite 24	Unterdrückung	Seite 19	Verteilung
Seite 12, 11, 12	Unternehmen	Seite 14, 15	Vertragspartner
Seite 3, 12	Unternehmer	Seite 25	Vertrauen
Seite 4	Unterschiedlichkeit	Seite 15	Vertrauenswürdigkeit
Seite 24	Untersuchung	Seite 2	Vertreter
Seite 20	Unverantwortlichkeit	Seite 11	Verursacherprinzip
Seite 13	Unzucht	Seite 10, 11, 12, 19, 20	Verwaltung

Seite 1	Ursachenforschung	Seite 7	Verwaltungs- und Gesetzesflut
Seite 4	Ursprung	Seite 12	Verwaltungsapparat
Seite 5	Veränderung	Seite 8	Verwaltungsdickicht
Seite 7	Veränderungsfeindlichkeit	Seite 12	Verwaltungsgesetze
Seite 7, 17, 22, 23, 24, 25	Verantwortung	Seite 12, 20	Verwaltungsvorschrift
Seite 23	Verantwortungsbereich	Seite 2, 22	Verweigerung
Seite 7	Verantwortungsbereitschaft	Seite 14, 25	Verwirklichung
Seite 24	Verantwortungsbewußtsein	Seite 4	Vielfalt
Seite 24	Verantwortungslosigkeit	Seite 24	Vision
Seite 11, 19	Verband	Seite 24	Visionär
Seite 17	Verbot	Seite 19	Volksbefragung
Seite 17	Verbrechen	Seite 19	Volksbegehren
Seite 19	Verein	Seite 19	Volksentscheid
Seite 25	vereintes Europa	Seite 22	Volksvermögen
Seite 22	Verfall	Seite 6	Volksvertreter
Seite 6, 22	Verfassung	Seite 7	Voraussetzung
Seite 23	Vergangenheit	Seite 23	Voraussicht
Seite 25	Vorbild	Seite 9, 18	Wohnsitz
Seite 24	Vorgehensweise	Seite 20	Wohnungsbau
Seite 23	Vorschriften	Seite 20	Wohnungsbaupolitik
Seite 20	Vorschriftenschungel	Seite 20	Wohnungsmarkt
Seite 7, 8, 10	Vorsorge	Seite 20	Wohnungswesen
Seite 25	Vorstandsposten	Seite 20	Wohnwirtschaft
Seite 24	Vorteilsnahme	Seite 23	Worthülse
Seite 4	Vorurteil	Seite 23	Zerfall
Seite 23	Vorurteilsfreiheit	Seite 18	Zersiedelung
Seite 16	Waffenhandel	Seite 4, 5	Ziel
Seite 16	Waffenschieber	Seite 14	zinsgünstige Darlehen
Seite 6	Waffenstillstand	Seite 24	Zufriedenheit
Seite 2	Wahl	Seite 19	Zugehörigkeit
Seite 13	Wahl-Pflichtfach	Seite 3, 4, 21, 23, 25	Zukunft
Seite 1	Wähler	Seite 26	Zukunftsfähigkeit
Seite 8	Wählerfalle	Seite 10	Zusatzeinkünfte
Seite 6	Wahlliste	Seite 10	Zusatzleistung
Seite 6	Wahlmodus	Seite 8	Zuschuß
Seite 18	Wahlrecht, aktiv	Seite 5	Zustimmung
Seite 18	Wahlrecht, passiv	Seite 6	Zuwanderung
Seite 17	Waisenhaus	Seite 20	Zuweisungspolitik
Seite 25	Wandel	Seite 11	Zwangbesteuerung
Seite 18	Wartezeiten	Seite 11	Zwangsmitgliedschaft
Seite 25	Wasserstoff		
Seite 4, 5	Weg		
Seite 12	wehrlos		
Seite 4	Weiterentwicklung		

Seite 15	Werbung
Seite 7	Wertesystem
Seite 11	Wertpapier
Seite 25	Wiederansiedelung
Seite 17	Wiedergesundung
Seite 16	Wiederholungsfall
Seite 6, 22	Wiedervereinigung
Seite 19	Willensbildung
Seite 7, 8, 9, 11, 13, 19	Wirtschaft
Seite 14	Wirtschaftsberater
Seite 14, 17	Wirtschaftsleben
Seite 3, 17, 23	Wirtschaftspolitik
Seite 23	Wirtschaftswesen
Seite 12	Wissen+,
Seite 4, 9, 17, 24	Wissenschaft
Seite 3, 21, 26	Wohlstand
Seite 24	Wohlwollen
Seite 8	Wohngeld